

WORTPROTOKOLL

der 11. Sitzung

des Ausschusses für Kultur und Medien

am 20. April 1999, 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Berlin, Plenarbereich Reichstagsgebäude,
Sitzungssaal 2 M 001

Vorsitz: Abg. Dr. Elke Leonhard (SPD)

Tagesordnung

	Seite
1. Gespräch mit Leitern von Gedenkstätten zum Thema: „Einbindung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas in die bestehende Struktur von Gedenkstätten“	5
2. Verschiedenes	--
Anlage 1: Stellungnahme Dr. Günter Morsch	85
Anlage 2: Stellungnahme Prof. Dr. Reinhard Rürup	88
Anlage 3: Artikel von Staatsminister Dr. Naumann „Erinnerung und politische Realität. Geschichtsbewußtsein in Deutschland nach dem Genozid“	91
Anlage 4: Rede von Staatsminister Dr. Naumann zur Eröffnung der Dauer- ausstellung „Felix Nussbaum – Die Sammlung“	102

Aus technischen Gründen können die Anlagen nicht ins Intranet eingestellt werden.

Außerhalb der Tagesordnung:Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Ich eröffne die 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien als öffentliche Sitzung. Ich stelle Beschlußfähigkeit fest. Gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Die Tagesordnung, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist Ihnen allen zugegangen. Ich frage auch hier: Gibt es Ergänzungsvorschläge? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung dann so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie hier im Großen Protokollsaal zu unserer ersten öffentlichen Sitzung. Zunächst möchte ich - nicht zuletzt mit Blick darauf, daß dieser Ausschuß der Ausschuß für Kultur und Medien ist - einige Worte zur Gestaltung des Saales sagen. Es ist einer der wenigen, in dem der Architekt auf die ursprünglich geplante Paneelgestaltung in Farbe verzichtet hat, so daß der Künstler Graubner die Stirnwand mit einem Farbkissen gestalten konnte mit dem Namen „Eos“, also der Göttin der Morgenröte. Graubner, der unter anderem im Auftrag des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auch einen Raum im Schloß Bellevue gestaltete, gehört zu einer Gruppe von Künstlern, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, die sich 1960 zusammenfand und sich der Farbe als Hauptthema zuwandte. Soviel zur Ausgestaltung dieses Raumes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Reichstag wurde gestern als Deutscher Bundestag wiedereröffnet, und wer auf der von Sir Norman Foster konzipierten Kuppel steht und den Blick zum Brandenburger Tor richtet, sieht ein Stück Brachland, den Ort, an dem das Denkmal für die ermordeten Juden Europas stehen soll. So wie das Parlament nie wieder vom Träger der nationalen Souveränität zum verachteten Ja-Sager der jeweiligen Regierung degenerieren darf, so muß wenige hundert Meter weiter, das ist unsere feste Überzeugung, ein Denkmal kompletatives Erleben ermöglichen. Es soll ein Ort sein, der provoziert, der zum Hinsehen zwingt. Ein Ort, der Anstoß gibt, weil er unübersehbar ist. Es ist ästhetisch verarbeitete Leere, die entstanden ist, als pulsierendes Leben in Wissenschaft, Medizin, Recht, Psychologie von Bestien und Besessenen des nationalsozialistischen Terrors aus diesem Lande herausgerissen und vernichtet wurde. Mit

dem Mahnmal wollen wir erinnern. In den Gedenkstätten und an den authentischen Orten werden die Biographien der Opfer dokumentiert. Es entstehen Forschung, Erziehung, Aufklärung, die tausenden von Jugendlichen vermitteln, was in diesem Lande geschah, und die Erinnerung daran wach halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war wichtig, eine leise Geste des Ausschusses zu setzen und deshalb die erste Sitzung eines Ausschusses des Deutschen Bundestages heute hier und mit diesem Thema durchzuführen. Bevor wir nun in das Gespräch eintreten über die Frage, wie das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in die bestehende Struktur der Gedenkstätten eingebunden werden kann, möchte ich die Experten begrüßen.

Ich begrüße recht herzlich Dr. Peter Jahn vom Deutsch-Russischen Museum; Herrn Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Herrn Dr. Günter Morsch von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Herrn Rainer Klemke, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Herrn Markus Ohlhauser, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Herrn Dr. Volkhard Knigge, Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten, Herrn Professor Bernd Faulenbach als Vorsitzenden der historischen Kommission des SPD-Parteivorstandes, Herrn Siegfried Vergin, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der Enquête. Herrn Professor Reinhard Rürup von der Topographie des Terrors, Herrn Dr. Kampe, Haus der Wannsee-Konferenz, und Frau Dr. Sigrid Jacobeit, Mahnmal- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Ich begrüße ferner Frau Lea Rosh als Initiatorin des Förderkreises für die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Ohne Sie, verehrte Frau Rosh, hätten wir diese Debatte nicht führen können, und ich danke Ihnen für die Initiative und hoffe, daß wir in diesem Jahr zum Ende kommen werden. Entschuldigen läßt sich Herr Staatsminister Dr. Naumann für den heutigen Vormittag. Ich muß sagen, das ist kein Affront. Er hat Pflichten in Saarbrücken zu erfüllen. Wir haben die EU-Präsidentschaft, und er hat in diesem Rahmen eine Aufgabe wahrzunehmen. Wir mußten ihn nie zitieren, das darf ich vielleicht auch noch sagen, sondern er ist immer allen Einladungen gefolgt. Es war absolut nicht möglich, daß er heute morgen hier erschien, und er läßt allen Anwesenden seine Grüße ausrichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausschuß für Kultur und Medien hat es sich von Beginn an zur Aufgabe gemacht, die Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas durch fundierte Information und sorgfältige parlamentarische Diskussion vorzubereiten. Dabei haben wir den Stand der 10jährigen Debatte berücksichtigt und aufbereitet, wie er sich zu Beginn der 14. Legislaturperiode darstellte. Diesem Zweck diente auch die Ausstellung der vier Modelle des zweiten Wettbewerbsverfahrens, der sogenannten Realisierungsphase im Rahmen des engeren Auswahlverfahrens, in der Lobby des Deutschen Bundestages in Bonn in diesem Jahre und außerdem die Anhörung, die wir am 03. März 1999 im ehemaligen Ersatz-Plenarsaal Wasserwerk durchführten. Nicht zuletzt haben wir mit den Künstlern Gespräche geführt, weil wir es wichtig fanden, als Ausschuß für Kultur und Medien auch hier Zeichen zu setzen. Es ist wichtig, wie man mit Künstlern umgeht, und zumal die vier von den Auslobern für die Endrunde ausgewählten verdienten unseren Respekt. Wir haben Kontakt aufgenommen und die Modelle vorgeführt. Die heutige Ausschußsitzung verfolgt dem roten Faden unserer Bemühung, die Diskussion über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas einer parlamentarischen Entscheidung im breiten Konsens, und ich möchte dieses unterstreichen, im breiten Konsens zuzuführen und dabei alle wesentlichen Aspekte unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu diskutieren. Wir wollen die Ergebnisse der Enquête kontinuierlich weiterentwickeln. Unsere Zielsetzung ist eine Gesamtkonzeption gegen das Vergessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir nun in das Gespräch eintreten, darf ich in Anbetracht der knappen Zeit bitten, die Statements auf fünf bis sieben Minuten zu begrenzen, damit ausreichend Zeit für die abschließende Diskussion bleibt. Wie bei der Anhörung am 03. März schlage ich vor, daß wir zunächst die Experten hören. Wir haben 10 Experten, das sind also maximal 70 Minuten. Wenn zwischenzeitlich Diskussionsbedarf besteht, werden wir ad hoc entscheiden, und wie immer werden wir das sehr liberal handhaben.

Ohne weitere Vorrede darf ich Dr. Morsch bitten, das erste Statement abzugeben.

Dr. Günter Morsch, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Bundestagsabgeordneten, meine Damen und Herren, ich habe für die Sitzung heute eine schriftliche Stellungnahme formuliert, die Ihnen, davon gehe ich aus, vorliegt. Ich sehe sie hier auch auf dem Tisch, so daß ich eigentlich hier in den entscheidenden Punkten, die meine Position zur Mahnmalsdiskussion markieren, auf dieses Papier verweisen kann. Ich möchte hier in meinen mündlichen Ausführungen das nicht noch einmal wiederholen, sondern will mich auf zwei andere Aspekte konzentrieren, die in dem Papier und wie ich glaube auch in der Diskussion noch nicht genügend zum Ausdruck gekommen sind. Ich will aber nochmal darauf hinweisen, daß in diesem Papier für mich die wichtigsten Argumente zusammengetragen sind.

Der Vorschlag, das zu schaffende Holocaust-Mahnmal mit einem Haus der Erinnerung zu verbinden, das mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Holocaust-Museum geraten würde, ist der – wie ich finde – völlig richtigen Einsicht geschuldet, daß Trauern und Gedenken durch Information und Aufklärung ergänzt werden müssen. Doch dies kann nicht allein die Aufgabe von Gedenkstätten sein. Diese schwierige und langwierige Erziehungsarbeit gar einem einzigen Ort, einem einzigen Ort aufzubrüden, ist völlig abwegig. So, als wolle man eine Art antifaschistischen Durchlauferhitzer schaffen. Es geht doch darum, ein unübersehbares Zeichen dafür zu setzen, daß der Völkermord an den Juden auch im vereinten Deutschland in Zukunft nicht vergessen werden wird. Das ist schon ein sehr hoher Anspruch an ein Kunstwerk. Die Vermittlung historischer Kenntnisse und möglicher Lehren aus der Geschichte kann dagegen keinesfalls auch die Aufgabe eines Mahnmals sein. Dafür gibt es eine Vielzahl anderer Einrichtungen. Wer das Mahnmal gar mit einem Genocide Watch Institute verquicken will, riskiert jederzeit, zumal in Deutschland, den Verdacht, die Vergangenheit für aktuelle politische Zielsetzung zu instrumentalisieren oder gar zu relativieren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die kürzlich geführte Walser-Debatte. Man tut damit auch der unverzichtbaren Freiheit von Forschen und Lehren keinen Gefallen. Stellen wir uns einmal vor, die heutige Diskussion um den Kosovo werde in einem Haus der Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord geführt. Eine notwendiger Weise kontroverse Debatte gar und die Bewertung der von der israelischen Armee in Sabrah und

Shatila verübten Morde scheint an einem solchen Ort völlig ausgeschlossen zu sein. Auch der Besucher eines künstlerischen Mahnmals erwartet per se keine wie auch immer geartete Belehrung über das historische Geschehen, sondern er verknüpft damit Trauer und Erinnerung. Empfindungen, denen er sich bewußt individuell und subjektiv hingeben will. Das immer wieder gelobte Vietnam Memorial zum Beispiel enthält keine Aussage über Gründe die dazu führten, daß zehntausende von Amerikanern weit weg von zu Hause ihr Leben verloren. Es ist sogar zu vermuten, daß eine damit verknüpfte Dokumentation der Geschichte des Vietnamkrieges die Akzeptanz des Memorials ganz erheblich beeinträchtigen würde. Eine gewisse Offenheit der ikonographischen Interpretation des Kunstwerkes ist geradezu substantziell notwendig für eine breite Akzeptanz, gerade auch in der Zukunft, deren Deutungsrepertoire symbolischer Zeichen nicht vorhergesehen werden kann. Etwas despektierlich formuliert, könnte man sogar die Hypothese aufstellen, wonach die Halbwertszeit der künstlerischen Anmutung eines Mahnmals in umgekehrt proportionalen Verhältnissen zu seiner Eindeutigkeit steht oder, um mit Habermas, kürzlich geschrieben in der „Zeit“, zu sprechen, die abstrakte Formensprache der modernen Kunst bewahrt noch am ehesten vor Peinlichkeiten. Ganz im Gegensatz dazu bedarf der historische Ort der Erklärung, denn er ist kein selbstreferentielles Denkmal an die Zeit, sondern eine historische Quelle, die wie ein Dokument in einen Zusammenhang gestellt werden muß, um ihren ganzen Sinn erschließen zu können. Auch der heutigen zugrunde liegenden Fragestellung nach der Einbindung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas in die bestehende Struktur von Gedenkstätten verrät somit meines Erachtens vor allem ein ihr zugrunde liegendes Unbehagen über eine offenbar als unvollständig und ungenügend empfundene ikonographische Aussage des beabsichtigten Mahnmal-Entwurfs. Die Aussagekraft, die vermißt wird, kann jedoch keinesfalls durch wie auch immer gestaltete Zutat nachgeschoben werden. Die verlangte Einbindung ist daher meines Erachtens lediglich durch eine Art Verweisstruktur auf bestehende Gedenkstätten und Museen zu leisten. Wenn jedoch ein Haus der Erinnerung gebaut werden soll, das mehr als diese Verweisstruktur enthält, dann wird eine völlig neue und vom Mahnmal zu trennende, durchaus nachdenkenswerte Frage aufgeworfen, nämlich die, ob in Deutschland ein zentrales, etwa dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn konzeptionell ähnliches Museum, zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, also keinesfalls nur wie ich in meiner schrift-

lichen Stellungnahme erläutert habe, ein Holocaust-Museum, erforderlich ist. Weshalb ich ein solches separates Museum aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für den in Deutschland richtigen Weg der Erinnerungskultur ansehe, habe ich ebenfalls in meiner Ihnen vorliegenden schriftlichen Erklärung anzudeuten versucht. Mir kam es in meinem heutigen mündlichen Beitrag zunächst lediglich darauf an, herauszuarbeiten, weshalb die beiden Diskurse über das Mahnmal einerseits und ein Museum zur Geschichte der NS-Diktatur andererseits unbedingt von einander getrennt werden sollten.

Lassen Sie mich zum Abschluß einen weiteren Gedanken hinzufügen, den ich in meinem Papier nicht ausgeführt habe. Das Mahnmal ist ein Stück Zusammenwachsen im Prozeß der deutschen Einheit. Es geht darum, daß beide Teile, beide Teile des vereinten Deutschlands, ein Bekenntnis zu diesem schwierigen Teil unserer Geschichte ablegen. In den letzten Jahren hat ein erstaunlicher Prozeß des Wandels stattgefunden. Die Notwendigkeit der Neukonzeption der Gedenkstätten in Ostdeutschland hat einen Diskussionsprozeß angestoßen, der schließlich von Ost nach West übertragen worden ist. Eine ungewöhnliche Richtung für den sonstigen Verlauf der deutschen Einheit. Bergen Belsen und Dachau, Neuengamme und die anderen westdeutschen Gedenkstätten gerieten erst durch den Nachdenkungsprozeß in Ostdeutschland in eine neue Debatte. Dieser Prozeß ist außerordentlich positiv zu bewerten, und er befördert die Identifikation der Ostdeutschen mit dieser neuen Republik und gerade in Bekenntnis zum Nationalsozialismus, und daher ist es für mich kein Wunder, daß es vor allen Dingen auch Ostdeutsche sind, ostdeutsche Abgeordnete, ostdeutsche Regierungen, die jetzt gegen diesen neuen Entwurf doch Bedenken erheben. Von daher scheint es mir wichtig zu sein, daß der begonnene Prozeß der Kontinuität der Erinnerungskultur in Deutschland, der vorher von der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages eingeleitet wurde, fortgesetzt wird. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank Herr Dr. Morsch für diesen von Theorie durchdrungenen Beitrag und Ihr Engagement. Ich habe bei den zahlreichen Gesprächen, die ich in Sachsenhausen

mit Ihnen geführt habe, vieles gelernt. Wir kommen später noch auf einige zentrale Fragen zurück.

Ich darf dann als nächstes das Wort Herrn Dr. Knigge erteilen. Er ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Landes- und Bundesträgerschaft - wir wissen diese feinen Nuancen aufzunehmen. Dr. Knigge, Sie haben das Wort.

Dr. Volkhard Knigge, Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, Frau Vorsitzende, ich bin zunächst doch sehr dankbar, daß die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Holocaust-Denkmal und Gedenkstätten endlich thematisiert wird. Das deshalb - verzeihen Sie mir, daß ich auf Praxis hin orientiert und sehr holzschnittartig spreche - daß deshalb weil sich hier zwei Denkmalstypen gegenüberstehen. Die Gedenkstätten, die historischen Orte, sind Denkmale aus der Zeit, wie etwa das Kolosseum oder das Straßburger Münster oder das Brandenburger Tor. Das Holocaust-Denkmal wäre ein Denkmal an die Zeit, das eine Gegenwart, nämlich wir, kurz vor der Jahrtausendwende in Erinnerung an diese Vergangenheit setzen. Das deutsche Gedächtnis an die nationalsozialistischen Verbrechen ist aufs engste mit den Denkmälern aus der Zeit verbunden, die sich überhaupt erhalten haben, weil sie 1954 in den Pariser Verträgen im Sinne des Erhalts der Kriegsfriedhöfe der Alliierten unter Schutz gestellt worden sind im Westen, und sie sind dann entwickelt worden gegen zahlreiche Widerstände in den 50er, 60er-Jahren zunächst von den Überlebenden her und dann auch von Deutschen, das heißt in ihnen signifiziert sich auch die deutsche Situation und Tradition der Erinnerungsbildung bis weit in die 80er-Jahre hinein. Heute sind Gedenkstätten Denkmale aus der Zeit und wir sind dankbar, daß die Enquête-Kommission zur Überwindung der deutschen Teilung im Prozeß der Einheit, das heißt die zweite, Herr Vergin, stellvertretender Vorsitzender, die zweite Enquête-Kommission den besonderen Charakter dieser Denkmale aufgenommen hat, der darin besteht, daß sie zunächst tatsächlich konkret historisch die Tat- und Leidensorte sind. Sie sind darüber hinaus Friedhöfe, sie sind sukzessive Museen geworden, weil sich sehr schnell natürlich die Frage aufgeworfen hat, daß Erinnerung, daß Gedenken Wissen braucht je stärker die Zeit voranschreitet und sie sind heute, sofern sie über die Ausstattung verfügen,

Forschungs- und Lernorte, das heißt sie haben und müssen haben starke pädagogische Abteilungen wieder aus diesem Gedanken heraus „Erinnerung braucht Wissen“. Das ist die Struktur dieser Orte. Zweitens: Die Geschichte des Umgangs in der Bundesrepublik wie in der DDR mit den Denkmälern aus der Zeit ist lange Zeit defizitär gewesen und von daher begründet sich die Sorge und der genaue Blick der Gedenkstätten auf das Projekt „Holocaust-Denkmal“. Es ist Praxis in beiden Deutschlands gewesen, die Denkmale aus der Zeit durch Abriß und/oder durch Nachnutzung zu minimieren und lange Zeit zu zerstören. Man hat viele ehemalige Lager überbaut, man hat ganze Teile der Infrastruktur, etwa Kasernenbaracken, demontiert, woanders wieder aufgebaut, nachgenutzt oder in die Nutzung vor Ort gegeben. Heute noch sind in den Westteilen der Republik ganze Teile der Lager besiedelt. In Flossenbürg etwa in der Wewelsburg oder auch in Dachau. Das heißt, Praxis war Minimierung, Zerstörung der historischen Orte zur Maximierung historischer Sinnbildung wenn Sie so wollen. Diese Sinnbildung im Westen folgte dem Prinzip Entkonkretisierung des Gedenkens, Verwandlung des Corpus Delicti, des Sachbeweises der Verbrechen hin auf den Friedhofsgedanken. Das können Sie in Dachau ganz klar sehen. Im Osten folgte die Zerstörung der Orte dem Konzept, zwischen Kämpfern und Opfern in der Erinnerung zu unterscheiden. Etwa Buchenwald ist nach diesem Prinzip abgerissen worden, Sachsenhausen ist nach diesem Prinzip abgerissen worden. Das Lager als solches schien nur für die Opfer zu stehen und Opfer waren als, ich verkürze das jetzt sozusagen, aktive antifaschistische Kämpfer, weil sie keine aktiven antifaschistischen Kämpfer waren, sozusagen in der Erinnerung nicht so hoch gesetzt.

Wir diskutieren also den Bau des Holocaust-Denkmals vor einer großen Zerstörungsgeschichte, um das mal so klar zu sagen. Drittens: Deswegen müßte sich der Bau des Holocaust-Denkmals von dieser schlechten west- und ostdeutschen Tradition deutlich unterscheiden. Deutlich unterscheiden in der Weise, daß das Berliner Projekt das was in der Republik gewachsen ist und sich gerade in Referenz auf die historischen Orte bündelt, wie in einem Brennpunkt zusammenfaßt, sozusagen aufgipfelt. Das scheint mir sehr, sehr wichtig. Vorarbeit dazu hat die Enquête-Kommission geleistet. Empfehlungen hat sie gegeben. Man bräuchte eigentlich hier nur anzuknüpfen. Diese sich von der frühen west- und ostdeutschen Praxis dann deutlich unterscheidende Vorhaben findet, und auch das sollte man sich klarmachen,

in einer besonderen historischen Situation statt, die Herr Morsch schon angedeutet hat. Erstens: Es geht tatsächlich meines Erachtens um eine Epochenentscheidung, und sie ist in den letzten 10 Jahren der Denkmalsdiskussion, eigentlich über 10 Jahre, noch stärker zu einer Epochenentscheidung geworden, ganz einfach durch das Vergehen von Zeit. Aus lebendiger Erinnerung wird und wir haben es hier in den Gedenkstätten Tag für Tag vor Augen, aus lebendiger Erinnerung muß so etwas wie kulturelles Gedächtnis werden, die Zeitzeugen sterben. Für Jugendliche liegt die Vergangenheit gelegentlich schon so weit zurück wie der Punische Krieg. Auch hier wieder: Gedenken braucht Wissen. Hier große Übereinstimmung mit Herrn Naumann, der dies noch einmal akzentuiert hat, insofern er das Denkmal als Symbol und Pädagogik in eins gedacht hat. Auf den Einwand komme ich dann noch. Zweitens gehört zu diesem Epochenwechsel auch in meiner Sicht so etwas wie ein Paradigmenwechsel. Gedenkstätten haben sich lange auch an die beteiligten Generationen gerichtet und haben gegen Verleugnung ein tatsächliches Schuldbekenntnis und auch eine Bitte um Verzeihen eingeklagt.

Es heißt, das alte Paradigma war Eingeständnis von Schuld und dort, wo Schuld nicht eingestanden wurde, dann doch wenigstens ihre historiographische Erinnerung und Durcharbeitung. Heute scheint es mir gerade im Hinblick auf die zukünftigen Generationen zunehmend darum zu gehen, Erinnerung und Verantwortungsbildung vor einer negativen Geschichte, vor einem negativen Horizont, von dem wir uns abgrenzen und von dem wir uns absetzen, zu fördern. Auch das impliziert natürlich eine starke Pädagogik. Auch das impliziert Wissensvermittlung. Drittens gehört in diesen Epochenchnitt hinein eine völlig unterschiedliche Entwicklungsdynamik in den Westgedenkstätten und in Ostgedenkstätten, also in den Gedenkstätten in der alten Bundesrepublik und den Ländern der neuen Bundesrepublik. Dies hängt damit zusammen, daß sich der Bund 1992/1993 zum ersten Mal in der Pflicht gesehen hat, wenigstens drei Gedenkstätten, drei ehemalige nationale Mahn- und Gedenkstätten der DDR, für 10 Jahre auf dem Wege ihrer Neukonzeption zu begleiten, finanziell zu begleiten, das sind die Gedenkstätten Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald. Hier hat sich der Bund engagiert und hier war am stärksten aufgrund auch dann der finanziellen Situation und vielleicht in Buchenwald noch stärker als in Sachsenhausen, dieses Konzept zu realisieren, Gedenkstätten sind und müssen vor dem Hintergrund des Epochenwechsels große zeithistorische Museen sein, die nicht

vergessen machen, daß sie Tat- und Leidensorte sind, die nicht vergessen machen, daß sie Friedhöfe sind, die nicht vergessen machen, daß sie nach wie vor humanitäre Aufgaben haben. Im Osten konnte sich das entfalten, im Westen sind die meisten Gedenkstätten noch auf dem Stand der 60er und 70er Jahre, das heißt, sie sind oft vom Bürgerengagement getragen, sie sind manchmal lokal verankert, sie sind gelegentlich in Landsträgerschaft. Sie sind aber durchgängig unterausgestattet und auch die Probleme der bessergestellten Ostgedenkstätten, man denke an Sachsenhausen vor der Haustür, etwa in der Erhaltung der überkommenen Bausubstanzen, der wirklichen Denkmalsubstanz - würden Sie das aushalten, was in Sachsenhausen passiert, wenn es im Kolosseum geschähe oder am Brandenburger Tor? Soviel Zerstörung, soviel Morschheit, sowenig Restaurierungskapazitäten. Es gäbe einen Aufschrei und es wäre an der Zeit, die historischen Orte doch ein bißchen auch so zu sehen, wie man die Mona Lisa sähe, wenn ich noch ein banales Beispiel bringen darf.

In dieser Situation befinden wir uns. In dieser Situation hat der Bundestag zu entscheiden, und es scheint mir, daß das allerfalscheste einerseits wäre, in eine Entweder-Oder-Diskussion zu kommen und es wäre genauso falsch, sozusagen einen neuen künstlichen authentischen Ort zu schaffen, wie es jetzt vorgeschlagen worden ist seitens des Staatsministers für Kultur. Großes Einverständnis mit seinem Gedanken, Pädagogik und Bildung. Große Kritik an der Erfindung sozusagen eines künstlichen authentischen Ortes mitten in Berlin ohne offenbar eingedenk zu sein, daß vieles, was dort stattfinden soll, längst schon geschieht und eigentlich der Weiterförderung bedarf.

Konkret zur Einbindung. Die Gedenkstätten brauchen keine symbolische Gratifikation. Sie sind nicht daran interessiert, darf ich sagen, in ein weiteres Gremium, in eine Stiftung oder in sonst irgend etwas eingebunden zu werden, das diese Frage die nächsten 10 Jahre weiterschleppt. Die Gedenkstätten handeln seit den 50er Jahren konkret und sie würden dies gerne weiter tun.

Das heißt, es schiene mir sehr sinnvoll, im Sinne eines „sowohl als auch“ eine konkrete Arbeitsteilung zu formulieren. Denkmale sind, in der europäischen Tradition jedenfalls, die politischen Symbole, die Formen des auch nationalen Selbst-

ausdruckes, in denen verbindlich formuliert wird, normativ formuliert wird, was Teil des nationalen, was Teil des kollektiven Gedächtnisses sein soll. Ein solches überzeugendes Symbol, daß die Shoa, sozusagen ein Siegel, daß die Shoa und die nationalsozialistischen Verbrechen Teil des nationalen Gedächtnisses sein sollen, fehlt. Ich sähe in einem solchen Symbol das, was ich mit Aufgipfelung oder Zusammenfassung in Konzentration gemeint habe. Ein solches Symbol würde die Arbeit der Gedenkstätten nachhaltig stützen. Auch noch einmal legitimieren. Vieles, was mit Wissen und Bildung zu tun hat, findet dann allerdings in den Gedenkstätten statt, und ich meine, man sollte es weder groß noch klein kopieren. Man muß das Rad nicht nochmal neu erfinden, und es macht wirklich keinen Sinn, künstliche authentische Orte im Land der historischen Orte zu bauen. Das macht Sinn in Israel, das macht Sinn in Amerika, aber nicht Sinn in Deutschland.

Wenn man sich diese Arbeitsteilung in dieser Weise vorstellt, dann liegt es nahe, ein Denkmal zu errichten, das ästhetisch und seiner Widmungsaussage nach vor allen Dingen auch die Tat in Erinnerung halten will. Es kann nicht einfach ein weiteres Friedhofsdenkmal sein, das die Tat in Erinnerung halten will und das eingebunden und konkret vernetzt wird mit jener Institution, die am entwickeltsten in Berlin deutsches Tatgedächtnis ist, nämlich der Topographie des Terrors, und das verbunden wird mit dem Jüdischen Museum auf der anderen Seite. Beides liegt auch topographisch so auf der Hand. Das ist eine Frage, die kann man gemeinschaftlich lösen. Das ist eine Frage, die können auch Künstler lösen, nämlich wie sich ein solches Denkmal hin zu den vorhandenen Institutionen öffnet und wie sich etwa eine Institution wie die Topographie des Terrors hin zu diesem Denkmal öffnet. Das würde ich den innersten Kreis der Trägerschaft und der Einbindung dieses Denkmals nennen. Es gäbe auch dann das Signal, sozusagen ein Kreis mittlerer Reichweite, und das wären die Berlin-Brandenburgischen-Gedenkstätten und so wie sie hier im wesentlichen präsentiert sind. Faßt man ihre inhaltliche Arbeit zusammen, dann ist beinahe nichts mehr unabgedeckt, was im Blick auf die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands zu sagen wäre. Wie man das praktisch macht, glaube ich, darüber läßt sich debattieren, und es läßt sich relativ leicht lösen.

Für die Gedenkstätten im äußersten Kreis, nämlich der dezentralen Gedenkstättenstruktur in der Republik, heißt es ganz einfach, sie in der Weise zu sichern, wie es

die Enquête-Kommission vorgeschlagen hat. Das wäre das richtige Symbol. Das ist, wie gesagt, für Buchenwald - und deswegen bin ich hier am unverdächtigsten, pro domo zu reden, ich habe keine Geldsorgen. Ich sage das auch mal so. Ich kämpfe nicht um irgendwelche institutionelle Vorteile. Buchenwald ist neu konzipiert, wir haben drei neue Museen gebaut, wir bauen dieses Jahr das vierte. Wir krepieren am unteren Rande des Budgets, aber wir können leben. Wir haben viel gemacht wir fürchten auch nicht den Abzug von Besuchern. Ganz im Gegenteil. Wichtig aber doch die Situation der westdeutschen Gedenkstätten, die wirklich auf so miesem Niveau sind. Gucken Sie sich Dachau doch mal an. 700.000 Besucher und fünf feste Mitarbeiter. Ist das nicht ein Witz? Hier ginge es darum, eigentlich diese Arbeit auf ein vernünftiges Niveau zu heben im Rahmen eines Gesamtgedenkstättenkonzeptes des Bundes, das sich einerseits an die Gedenkstätten adressieren sollte und das das Holocaust-Denkmal mit einschließen sollte.

Das wäre mein Fazit. Behandeln Sie es zusammen. Behandeln Sie es endlich zusammen und nicht getrennt.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Herr Dr. Knigge, für diese ebenso klaren wie eindringlichen Worte. Sie sind gehört. Ich versage mir jetzt jeden Kommentar und rufe als nächstes Prof. Rürup auf.

Professor Dr. Reinhard Rürup, Topographie des Terrors:

Vielen Dank Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe ebenfalls meine Bemerkungen schriftlich fixiert, habe aber den Eindruck, daß sie wohl nur bei einem Teil von Ihnen angekommen sind.

Ich will keine theoretische Überlegung vortragen. Hier kann ich mich sehr weitgehend mit denen identifizieren, was Herr Morsch und auch Herr Knigge entwickelt haben. Ich will versuchen, in einigen kurzen Punkten gleichsam Schlußfolgerungen aus meinen bisherigen Erfahrungen und Überlegungen vorzutragen.

Der erste Punkt ist, ich bin, nur um das gleich deutlich festzustellen, weiterhin der Meinung, daß es nicht nur sinnvoll, sondern höchst wünschenswert ist ein Denkmal oder ein Mahnmal zu errichten, das an den Mord an den europäischen Juden erinnert und gerade in Berlin und gerade in dieser Situation der Rückkehr der Politik nach Berlin. Zweitens: In diesem Zusammenhang sollte meines Erachtens und auch im Bundestag eindeutiger als bisher geklärt werden, ob der zu schaffende Ort ein Ort der Erinnerung oder ob dieser Ort der Erinnerung ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas, also ein Denkmal für die Opfer sein soll oder ein Mahnort, der an das von den Deutschen begangene Verbrechen erinnert, also ein Holocaust-Mahnmal. Sie alle wissen, daß die beiden Begriffe praktisch synonym gebraucht werden. Natürlich sind beide Aspekte nicht völlig voneinander zu trennen, aber der Aspekt sollte eindeutig sein und ich selber halte ein Mahnmal, das an die Verbrechen der Deutschen erinnert, für richtiger.

Der dritte Punkt: Das an einem zentralen, das heißt an einem deutlich sichtbaren Ort zu errichtende Mahnmal oder Denkmal könnte eine sinnvolle Ergänzung der in Deutschland und insbesondere auch in Berlin und Brandenburg bereits bestehenden Erinnerungslandschaft sein. Das Mahnmal oder Denkmal muß deshalb korrespondieren mit den gerade in Berlin besonders zahlreichen und wichtigen Denkmälern, Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen, die der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus gewidmet sind, und umgekehrt muß die Korrespondenz von diesen Einrichtungen her natürlich auch hergestellt werden.

Viertens: Abzulehnen ist dagegen der Vorschlag, das geplante Denkmal durch einen großen Museumskomplex zu ergänzen. Ein solches Museum wäre, auch wenn man es „Haus der Erinnerung“ nennt, de facto ein deutsches Holocaust-Museum. Die Entscheidung für dieses Museum wäre, auch das ist jetzt schon angedeutet worden, eine Entscheidung nicht nur gegen die historisch gewachsene Erinnerungskultur in Deutschland, die sich an den authentischen Orten orientiert, sondern auch gegen die bisherige Politik der Bundesregierung und des Bundestages, die ausdrücklich auf die Verbindung von Gedenken und Aufklären an den konkreten Orten der NS-Geschichte ausgerichtet ist. Ein zentrales Museum von dieser Größenordnung würde die Erinnerungslandschaft nicht nur in Berlin und Brandenburg, sondern in der ge-

samten Bundesrepublik grundlegend verändern, und das würde sie schwächen und nicht stärken.

Fünftens: Das vorgeschlagene Museum würde auch das Mahnmal oder das Denkmal selber nicht stärken, sondern schwächen, denn in der Öffentlichkeit würde das vorgesehene Gelände als deutsches Holocaust-Museum mit einem Denkmals- oder Mahnmals-Annex wahrgenommen werden, und in Berlin ist darüber hinaus das Museum der Sache nach überflüssig, weil es in einer dezentralen Struktur viele Einrichtungen gibt, die ähnliche Aufgaben höchst erfolgreich wahrnehmen. Von der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ bis zum Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst, von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand bis zur zeitgeschichtlichen Abteilung des Deutschen Historischen Museums, vom Jüdischen Museum bis zur Topographie des Terrors, um nur einige der wichtigsten zu nennen.

Sechstens: Vor allem die Stiftung Topographie des Terrors wird mit der für Ende 2000 geplanten Fertigstellung des 45 Millionen DM teuren Neubaus von Peter Zumthor über weite Strecken das leisten, was für das neue Museum, dessen Kosten Sie alle kennen, angekündigt wird. In 700 Meter Entfernung zu dem vorgesehenen Denkmals- oder Mahnmalsgelände wird die Stiftung zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen Ausstellungen zeigen, EDV-Angebote machen, Filme vorführen, Vorträge veranstalten, Seminare organisieren, Sammlungen aufbauen und Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten schaffen. Außerdem werden von der Stiftung seit langem Koordinierungs-, Betreuungs- und Beratungsaufgaben, insbesondere im Gedenkstättenbereich und nicht nur in Berlin, sondern in der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus wahrgenommen. Angesichts dieser erfolgreich arbeitenden Einrichtung, deren Neubau weit fortgeschritten ist, müßte für das in unmittelbarer Nachbarschaft vorgeschlagene neue Museum der Nachweis geführt werden, daß ein entsprechender Bedarf besteht, und ich sehe nicht, wie dieser Nachweis gelingen könnte.

Siebtens: Inzwischen ist gelegentlich im Sinne eines Kompromisses vorgeschlagen worden, auf den großen Museumsplan zu verzichten, dafür aber ein kleines Gebäude zu schaffen, in dem Grundinformationen über den Mord an den Juden

vermittelt werden. Es wäre nach meiner Einschätzung jedoch eine Scheinlösung. Man würde bei der praktischen Umsetzung sehr bald merken, daß wenige Quadratmeter nicht ausreichen, um die nötigen Informationen zu vermitteln. Es wäre ein Prozeß sozusagen der ständigen Erweiterung des kleingedachten Unternehmens, und das kleine Gebäude würde deshalb schnell größer werden, und am Ende sähe man sich der Frage konfrontiert, warum man nicht ein richtiges Museum gebaut habe.

Achtens: Die wenigen Informationen, die in Verbindung mit einem Mahnmal oder einem Denkmal tatsächlich nötig sind, können auf ein oder zwei Tafeln formuliert werden, die erstens in aller Kürze über die Entstehung des Mahnmals oder Denkmals und dessen Botschaft Auskunft geben und zweitens die Besucher deutlich auf die anderen Orte in Berlin und Brandenburg hinweisen, die über den Mord an den Juden und die anderen NS-Verbrechen informieren und Anregungen zu weiteren Auseinandersetzungen geben.

Der neunte und vorletzte Punkt: Obwohl der von Richard Schröder formulierte Gedanke, in den Mittelpunkt des Gedenkens den Satz „Du sollst nicht töten“ bzw. „Du sollst nicht morden“ zu stellen, in der Sache nicht überzeugt, weil damit der spezifische Bezug auf den Mord an den Juden und die Verbrechen der Nationalsozialisten verlorengelht, ist die Tatsache, daß er in den letzten Wochen eine rasch wachsende Unterstützung gebunden hat, sehr ernst zu nehmen.

Die Sympathie für diese Überlegungen zeigt deutlich, daß es noch immer ein verbreitetes Unbehagen an den bisherigen Denkmalsplänen, an den Wettbewerbsergebnissen, aber auch an der Ausklammerung der nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus gibt. Die Bereitschaft nicht weniger prominenter Bürger, aber auch Politiker in verantwortlichen Positionen, noch einmal hinter den durch die Wettbewerbe und die damit verbundenen Diskussionen erreichten Stand zurückzugehen, sollte als dringliche Aufforderung verstanden werden, die Bundestagesdebatte nicht auf bloße Umsetzungsfragen zu beschränken, sondern sie für eine wirkliche politische Grundsatzdebatte zu nutzen. Es darf meines Erachtens nicht einfach um „Eisenman I“ bzw. „II“ oder „Eisenman III“ gehen. Nur wenn auch die zur Zeit ausgeschlossenen Positionen, nämlich gar kein Denkmal zu errichten, weil man es nicht

fertiggebracht hat, oder aber ein Denkmal für alle Opfer des Nationalsozialismus zu schaffen, nur wenn diese Positionen in die Diskussion wiederum ernsthaft einbezogen werden, kann man sich überzeugend für ein Mahnmal oder Denkmal entscheiden, das an den Mord an den europäischen Juden erinnert. Ich habe eingangs gesagt, ich würde das für die richtige Entscheidung halten.

Und das ist auch der letzte Punkt: Ich würde es begrüßen, wenn es dies Mahnmal gäbe. Ich hätte aber auch aus den dargelegten Gründen durchaus Verständnis für eine politische Entscheidung zugunsten eines Denkmals, das an alle Opfer erinnert bzw. eines Mahnmals, das die im Dritten Reich verübten Verbrechen insgesamt zum Gegenstand hat. Ich erwähne diesen Punkt nur noch einmal, weil der Bundestag sich darüber im klaren sein sollte, daß eine Entscheidung für ein Denkmal für eine Opfergruppe, in diesem Falle die Juden, in der Sache bereits eine Entscheidung für weitere Denkmale für andere Opfergruppen bedeutet. Danke.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Herr Professor Rürup, auch für die Anmahnung einer Grundsatzdebatte. Wir werden darüber noch befinden, aber ich bin sicher, daß dem Ausschuß immer daran gelegen war, meist nur über eine Konzeption abzustimmen, sondern auch eine Grundsatzdebatte zu führen. Vielen Dank.

Herr Dr. Kampe ist heute morgen leider erkrankt, und ich rufe als nächstes Herrn Dr. Tuchel von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand auf. Herr Dr. Tuchel, Sie haben das Wort.

Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand:

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es als einer der nach drei Vorrednern spricht leichter, ich brauche vieles, was ich mir aufgeschrieben habe, nicht wiederholen und kann insofern in der Kürze der Zeit bleiben.

Die Gedanken, die in der vergangenen Legislaturperiode von der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages entwickelt worden sind und die, wie Sie, Frau Vorsitzende eben betont haben, hinführen sollen zu einer Gesamtkonzeption gegen das Vergessen, setzten nicht bei Null an. Ich finde es aber ganz hervorragend, daß jetzt quasi zu diesem Zeitpunkt der Diskussion die Gedenkstätten intensiv in eine Diskussion mit einbezogen werden und man doch deutlich darauf hinweisen kann, daß seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine dezentrale Erinnerungsarbeit geleistet wird. Ich möchte darauf eindeutig auch noch einmal hinweisen, nicht nur als Vertreter einer der hauptstädtischen Gedenkstätten, sondern doch einmal noch in Erinnerung rufen, daß in der gesamten Bundesrepublik weit über 60 große und größere Erinnerungs- und Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus existieren, die eine dezentrale Erinnerungsarbeit leisten, die oftmals eine ganz bedeutende bürgerschaftliche Verankerung aufweisen. Herr Knigge hat auch darauf hingewiesen, daß wir uns jetzt an der Schwelle zum neuen Jahrtausend auch in einer gewissen Art und Weise in einem Paradigmenwechsel befinden, das heißt die Gedenkstätten sind nicht mehr nur wichtig als Orte, an denen wir an bestimmte Verbrechen erinnern, sondern wir haben in die Zukunft weisende Aufgaben. Für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand bedeutet dieses ganz konkret, daß wir seit Jahrzehnten eigentlich darauf aufmerksam machen, wie waren die Handlungsspielräume des Menschen in einer Diktatur, wie hat er sich verhalten, was hat er dort genutzt? Dieses verlangt die Verknüpfung von Erinnerungsarbeit mit politischer Bildung und mit Forschungsaufgaben. Sie merken an diesen einleitenden Bemerkungen, daß wir eine eindeutige Stellung zu den jetzt laufenden Überlegungen haben.

Erstens: Das Konzept der Enquête-Kommission ist eine gute Grundlage, um in der nächsten Zeit darüber zu diskutieren, wie in der Bundesrepublik Deutschland als Teil der nationalen Identität eben auch die Erinnerung an den Nationalsozialismus wachgehalten wird. Dies geht alleine mit einer zentralen Einrichtung wie es, und jetzt sage ich ganz bewußt, wie es ein deutsches Holocaust-Museum wäre, nicht, sondern dies läuft möglicherweise gut in einer dezentralen Struktur, als deren Teil auch ein Holocaust-Mahnmal oder ein Mahnmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden in Europa möglich wäre.

Zweitens: Erinnerung verlangt Glaubwürdigkeit. Ich habe darauf immer wieder hingewiesen, daß ein Mahnmal an die ermordeten Juden Europas in Berlin nicht glaubwürdig wäre, wenn das Problem der Entschädigung oder eines Teils der Wiedergutmachung zumindestens für die letzten lebenden Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik nicht gelöst werden würde. Dieses ist jetzt unter dieser Bundesregierung möglich, daß abschließend zumindest noch den letzten Opfern, die heute noch leben, ein Teil materieller Wiedergutmachung geleistet werden kann. Ich denke, dies ist eine der Grundvoraussetzungen, um auch ein glaubwürdiges Mahnmal zu errichten, denn wenn wir hier mitten in Berlin ein Mahnmal errichten würden und die letzten Überlebenden würden weiterhin unter schlechten, miserablen Lebensbedingungen gerade in Osteuropa leben, dann könnte dies Mahnmal für mich nicht glaubwürdig sein.

Der zweite Punkt dieser Glaubwürdigkeit bedeutet für mich aber auch, daß die Entscheidung des Deutschen Bundestages, ein derartiges Mahnmal hier in Berlin zu errichten, die Unterstützung der vorhandenen Erinnerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland und der vorhandenen Gedenkstätten geradezu fordert. Ich kann nicht mitten in Berlin ein großes Mahnmal errichten und dieses dann quasi gegen andere Formen der Erinnerung setzen. Darum scheint mir das, was Professor Rürup gesagt hat, wie sich das Mahnmal ergänzen kann mit der Arbeit der vorhandenen Gedenkstätten, sehr sinnvoll zu sein.

Nächster Punkt: Es ist heute bereits angesprochen worden, inwieweit ein mögliches Mahnmal - und hier sage ich ganz bewußt „ein mögliches Mahnmal“, ohne mich zur Form des Mahnmals zu äußern - inwieweit dieses mit einer Art „Haus der Erinnerung“ verknüpft werden sollte. Auch aus meiner Sicht sollte eine derartige Information vor allem auf bereits bestehende Erinnerungsorte in Berlin verweisen, denn ich sehe genauso den Prozeß, wie ihn Herr Rürup bereits geschildert hat, daß eine kleine Information unzureichend wäre und im Laufe der Zeit immer größer werden würde. Ein Mahnmal ist eine künstlerische Ausdrucksform, die für sich selber sprechen muß. Wenn wir daneben ein großes Museum setzen, einen großen künstlerischen Ort, dann hätte dies aus meiner Sicht einen Bedeutungsverlust des geplanten Mahnmals zur Folge.

Letzter Punkt: Der Deutsche Bundestag hat in der Vergangenheit immer wieder bedeutsame Debatten über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit geführt. Dies betraf etwa die Frage der Verjährung, dies betraf oftmals auch die Frage der Wiedergutmachungsproblematik. Insofern kann ich mich der Bitte von Herr Rürup an die Bundestagsmitglieder nur anschließen. Nutzen Sie diese Debatte, um ein grundsätzliches Zeichen zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu setzen. Diskutieren Sie nicht nur über bestimmte Entwürfe. Ich weiß, das ist wunderbar. Einfach wäre, nur zu sagen, wir nehmen jetzt diesen Entwurf oder wir nehmen jetzt jenen Entwurf. Bedenken Sie bitte, daß die Debatte um die Darstellung oder um die Einbeziehung von Opfergruppen eine ganz bestimmte Signalwirkung über Deutschland hinaus haben wird, und bedenken Sie bitte auch das Ergebnis dieser 10jährigen Debatte, wie schwer wir uns mit dem Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland getan haben. Es ist jetzt 60 Jahre nach den Taten, und wir diskutieren über dieses Denkmal immer noch. Bitte bedenken Sie diese Implikationen, bevor Sie einfach nur „eine Entscheidung zwischen dem einen oder dem anderen Entwurf“ treffen. Gehen Sie nicht hinter Ihren eigenen Anspruch zurück, überlegen Sie, was Ihre Grundsatzdebatte bedeutet für den weiteren Umgang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus.

Abschließend: Es wäre gut, wenn wir über der Debatte um das Holocaust-Mahnmal nicht die Ausgangspunkte, die im Bericht der Enquête-Kommission über den Umgang mit der Vergangenheit enthalten sind, vergessen würden, sondern daran anknüpfen und eine zukunftsweisende Umgangsform für die Erinnerung an den Nationalsozialismus, an die Verbrechen des Nationalsozialismus, an die Opfer des Nationalsozialismus und an diejenigen, die sich gegen diese Diktatur gewehrt haben, entwickeln könnten. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Herr Dr. Tuchel für diesen engagierten Beitrag. Selbstverständlich werden wir diese Wort berücksichtigen. Wenn viele Kollegen heute nicht hier sein können, so liegt das daran, daß wir in Bonn Sitzungswoche haben, wir nur als Ausschuß hier sind. Aber selbstverständlich wird das Wortprotokoll allen

Abgeordneten zugeleitet. Insofern wird Ihr Beitrag dann gelesen werden. Vielen Dank.

Als nächstes hat das Wort Dr. Jahn vom Deutsch-Russischen Museum.

Dr. Peter Jahn, Deutsch-Russisches Museum:

Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe den Auftrag sehr wörtlich genommen und werde kurz etwas über das Museum sagen, das ich vertrete, zumal es auch weitgehend unbekannt ist, und will das dann daran anknüpfen, was wir darstellen, meine Stellungnahme geben und die kann dann auch zum Teil sehr kurz ausfallen.

Das Museum Berlin-Karlshorst ist eine Stätte der historischen Erinnerung, die von der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation gemeinsam geplant wurde und seit 1995 gemeinsam betrieben wird. Sie ist zugleich Gedenkstätte und Museum. Gedenkstätte als Ort, an dem am 08. Mai 1945 mit der Kapitulation der Wehrmacht der Krieg in Europa beendet und die nationalsozialistische Herrschaft endgültig beseitigt wurde. Als Museum wird an diesem Platz an den Krieg erinnert, der die größte Zahl an Opfern in der gesamten Geschichte forderte. Es ist der einzige Ort in Deutschland, an dem der Krieg im Osten mit den Mitteln des Museums gezeigt wird. Es ist der einzige Ort der Welt, an dem die ehemaligen Kriegsgegner eine gemeinsame Sprache der Erinnerung gefunden haben. Viele Besucher des Museums kommen in Erwartung, vor allem das militärische Geschehen in der Ausstellung gezeigt zu bekommen, die Schlachtvormärsche, die Waffen, Orden und Uniformen. Die militärischen Operationen nehmen jedoch nur einen von insgesamt elf Räumen ein. Ein weiterer Raum versucht einen Eindruck vom erbärmlichen Leben des einfachen Soldaten beider Seiten, des kleinen Mannes, im Krieg zu vermitteln. Als dieses Museum jedoch geplant wurde, war allen Beteiligten klar, daß hier kein Krieg wie jeder andere das Thema war, sondern ein Krieg, in dem sich militärische Operationen, Mord im Sinne des Strafrechts und Völkermord ununterscheidbar vermischen. Mit dem Krieg im Osten versuchte das nationalsozialistische Deutschland sowohl das koloniale Großreich in Osteuropa als auch die Vernichtung großer Teile seiner Bevölkerung in Dimensionen von

„mehreren 10 Millionen Menschen“, wie es in den Planungsunterlagen heißt, zu realisieren. In diesem Umfeld sollte dann auch die Vernichtung der europäischen Juden realisiert werden. Die Planung dieses Vernichtungskrieges und der Versuch seiner Realisierung nehmen den wesentlichen Teil der Ausstellung ein. Von der quantitativen Dimension gibt eine Datenbank mit mehr als 600 Lagern im deutschen Besatzungsgebiet den Besuchern einen Eindruck. Ghettos, Vernichtungslager für Juden und Kriegsgefangenenlager, Arbeitserziehungslager und Internierungslager. Dazu wird versucht, auch die Opfer der „Vernichtung durch Hunger“ außerhalb der Lager nicht dem Vergessen zu überlassen, um Ihnen einen Eindruck von der Dimension dieses Mordens hinter den Fronten zu geben. Von den 25 bis 30 Millionen Toten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg waren 15 bis 18 Millionen Zivilisten. Von ihnen 2 bis 3 Millionen Juden, die anderen Zahlen bleiben Schätzwerte, wie viele durch sogenannte „Säuberungsaktionen“ getötet wurden oder durch den gewollten Hunger umkamen, läßt sich nicht mehr ermitteln. Allein im belagerten Leningrad verhungerten 800.000 Menschen. Hätte die Stadt kapituliert, wären es 2 Millionen geworden. Von den im ersten Jahr gefangengenommenen 3 Millionen sowjetischen Soldaten waren im Mai 1942 noch 1 Million am Leben. Die anderen 2 Millionen waren bis zu dem Zeitpunkt, als man ihren Wert als Arbeitskraft zur Kenntnis nahm, der gezielten Vernichtung durch Hunger in den Lagern ausgeliefert worden. Natürlich ist auch das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung am Ende des Krieges Gegenstand der Ausstellung.

Zweifellos nahm in diesem Projekt des Völkermordes, die jüdische Bevölkerung Europas den zentralen Platz ein. Hier ging es um die vollständige Ausrottung der zum Menschheitsfeind gestempelten und obsessiv verfolgten Gruppe, während die Vernichtung der rassistisch als Untermenschen definierten Slawen die groß dimensionierte Dezimierung zum Ziel hatte, um noch Sklavenarbeiter zu halten. Aber es ist bezeichnend für unsere selektive Erinnerung, neben die Opfergruppe der Juden meist nur die Geisteskranken, Sinti und Roma sowie die Homosexuellen zu stellen. Alles, gemessen an den jüdischen Opfern, ziemlich kleine Gruppen. Die Dimension des direkten wie indirekten Massenmordes an den mehr als 10 Millionen nichtjüdischen Zivilisten und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion sowie der 1,5 bis 2 Millionen nichtjüdischen Zivilisten in Polen, ist eine historische Tat Deutschlands, die in der Regel außen vor bleibt.

Ich habe Sie an die Dimension dessen, was im Karlshorster Museum dargestellt wird erinnert, wohl wissend, daß für die meisten die Entscheidung, in dem Denkmal allein an die Opfer des Völkermords an den Juden zu erinnern, schon gefallen ist. Eine derartige sichtbare Erinnerung im Zentrum der Hauptstadt ist notwendig, aber Sie müssen sich bewußt sein, daß Sie mit dieser Entscheidung auch die Denkmalerinnerung an die ungeheuerliche Tat der millionenfachen Vernichtung der Bewohner Osteuropas ausschließen, denn niemand wird glaubwürdig behaupten können, daß ein derartiges Denkmal dann eben später gebaut werden wird. Wenn dieser Völkermord jetzt nicht in die sichtbare deutsche Erinnerung integriert wird, wird er es auch nicht in näherer oder ferner Zukunft.

Da ich also von der Entscheidung, ein Denkmal allein für die ermordeten Juden Europas zu errichten ausgehen muß, sind unter dieser Prämisse meine Positionen kurz zu benennen:

Erstens: Das Denkmal ist notwendig. Überhaupt kein Denkmal ist auf diesem Stand der Diskussion eine Demonstration, ich erlaube einen Begriff des 19. Jahrhunderts, eine Demonstration der Gefühlsroheit. Für unsere lebendige Erinnerung, für die von jeder Generation neu zu leistende Auseinandersetzung mit dem kollektiven Erbe, wird es mit Sicherheit nur eine sekundäre Rolle spielen.

Zweitens: Trotz einer persönlichen Präferenz für ein Denkmal dichter an und in engerer Verbindung mit Symbolbauten deutscher Identität, denn unsere deutsche Identität ist nun einmal beschädigt, muß ein groß dimensioniertes Denkmal trotzdem an der vorhergesehenen Stelle keineswegs von Protzerei und Reue zeugen.

Drittens: Wenn das Denkmal auf einer Tabula rasa errichtet werden sollte, in einem Land und einer Stadt, die bis dahin nur kümmerlich oder überhaupt keine Erinnerungsstätten hervorgebracht haben, so wäre die Ergänzung durch ein Museum und eine Bibliothek und den Medienverbund unabdingbar. Schärfer noch, das Denkmal wäre dann drittrangig, die Stätten des erinnernden Durcharbeitens müßten vor allen anderen Vorrang haben, um Verdrängen und Vergessen nicht zur Antwort werden zu lassen. Aber an dieser Stelle noch eine Dokumentation, Museum, Bibliothek etc. errichten zu wollen, ist angesichts der Geschichte des Erinnerns an

den authentischen Plätzen in Berlin und anderswo geschichtsblind. Nicht nur die anderen Orte des Erinnerns würden maginalisiert. Zugleich entsteht ja in 700 Metern Entfernung, am Ort des Reichssicherheitshauptamtes eine solche Stätte der reflektierenden Erinnerung, nicht zu einem Teilgebiet nationalsozialistischen Verbrechens, sondern zu ihrer Gesamtdimension. Alles, was für das dem Denkmal beigeordnete Museum vage angedacht ist, findet sich in einem fast fertiggestellten Stadium in dieser Dokumentationsstätte der Topographie des Terrors.

Viertens: Ein Gebäude sollte vielleicht doch mit dem Denkmal verbunden werden. Ein kleindimensioniertes, in dem über die Diskussion um das Denkmal mit den vielen Facetten und Kontroversen, in dem dem Besucher kommender Jahrzehnte und Generationen einiges über unsere Zweifel und Bauchschmerzen mitgeteilt werden kann. Auch über derartige Umwege kann man der eigentlichen Sache näher kommen. Ich danke Ihnen herzlich.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Dr. Jahn, für diese konkreten Vorstellungen, was das Denkmal soll und was es nicht soll. Ich kommentiere das selbstverständlich nicht, sondern moderiere nur. Ich bin aber überzeugt: Darüber wird es eine lebendige Diskussion geben. Als nächstes hat das Wort Herr Ohlhauser.

Markus Ohlhauser, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten:

Meine Damen und Herren, ich kann den Ausführungen der Kollegen inhaltlich nichts Wesentliches hinzufügen. Ich möchte allerdings rein deskriptiv die Betrachtung um eine weitere Betrachtungsfolie ergänzen aus der Sicht dessen, der von Anfang an beim Aufbau ostdeutscher Gedenkstätten in der Bundesrepublik eine Art administrative Verantwortung getragen hat.

Es wurde schon erwähnt, daß seit 1990 ein sehr schwieriger Diskurs in den ostdeutschen Ländern zu einem Prozeß der Neugestaltung, zu einem Transformationsprozeß der Gedenkstätten geführt hat, der immer noch voll im Gange ist. Die Transformation heißt für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, 35

Hektar in Sachsenhausen und Ravensbrück zu modernen Gedenkstätten umzuwandeln. 35 Hektar mit an die 50 Bauobjekten ganz unterschiedlicher Größe und Bedeutung. Ravensbrück, das sollte man erwähnen, war zum Großteil bis vor kurzem eine russische Kaserne mit all den Folgen für die Überformung dieses Ortes, die damit verbunden sind. Es gibt weiterhin keine hinreichende historische Forschung über diese Orte, kein inhaltliches Wissen, das sozusagen die neue Gestalt schon vorweg nimmt. Das Ziel unserer Stiftung ist es daher, einerseits die Orte mit ihrer singulären Substanz zu erhalten. Ich erwähne dabei beispielhaft die KZ-Schneiderei in Ravensbrück, wo Zwangsarbeiter für die SS produzieren mußten. Das weitere ist das Schaffen einer Forschungsgrundlage für das ganze Spektrum des Geschehens dort vor Ort, inklusive der Geschichtsebene der sowjetischen Nachkriegs-internierungslager des NKWD, das heißt auch die Basis zu schaffen einer Transformation dieser Orte zu Lernorten, was sich ausdrückt in ihrer Natur als Gedenkstätte und Museum, das heißt, das Gedenken und die kognitive Seite werden dort verbunden, Erinnerung braucht Wissen.

Wie tun wir das? Wir tun das mit einem von Bund und Land jeweils zur Hälfte als institutionelle Zuwendung finanzierten Haushalt, der pro Jahr etwa 8 bis 10 Millionen DM umfaßt und mit einem Stellenplan, der 59 Stellen umfaßt. Die Größenordnungen für Buchenwald sind meines Wissens ähnlich. Von diesen Mitteln verbraucht die Bewirtschaftung dieser 35 Hektar alleine eine gute Million Mark, dagegen stehen uns Jahr für Jahr weniger als 500.000 DM für Ausstellungen, das heißt die inhaltliche Präsentation dessen, was wir graduell erarbeiten, aus diesem institutionellen Haushalt zur Verfügung und viele von Ihnen wissen sicherlich, daß wir dennoch pro Jahr mindestens eine große Ausstellung und mehrere kleine eröffnen. Der pädagogische Dienst, der diese Form der Öffentlichkeitsarbeit ergänzt, verfügt in Sachsenhausen über vier, in Ravensbrück über zwei Mitarbeiter. Im Investitionsbereich, der die großen Baumaßnahmen abdeckt, die auf unseren Einrichtungen vorgenommen werden müssen, stehen uns pro Jahr im Durchschnitt etwa 3 Millionen DM, und ich sage deutlich 3 Millionen DM, für sämtliche Einrichtungen in Brandenburg in Verantwortung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten zur Verfügung, die in einem Rahmeninvestitionsplan über 10 Jahre priorisiert werden mußten. 10 Jahre, die aus Sondermitteln, die wir zusätzlich einwerben, Jahr für Jahr die Verausgabung von rund 3 Millionen DM vorsehen für Objekte, die wir priorisieren müssen zwischen dem

Tötungsort Station Z in Sachsenhausen, dem Museum für die Opfer des NKWD-Systems und der Zwangsarbeit in der KZ-Schneiderei in Ravensbrück. Wir schaffen das, indem wir Drittmittel einwerben in erheblichem Ausmaß. Die operative Arbeit der Stiftung wird zum allergrößten Teil über zusätzlich eingeworbene Drittmittel gedeckt. Parallel laufen zur Zeit etwa 60 bis 70 Förderprojekte. Angefangen von kleinen Exponateerwerbungen bis hin zu EU-Fördermaßnahmen für Bauobjekte in Millionenhöhe. Die Folge dieser Rahmenbedingungen ist, daß auch bei gleichbleibendem Haushaltsniveau, das ist ein Umstand, den wir durchaus zu schätzen wissen bei der derzeitigen Finanzierungsgrößenordnung der öffentlichen Haushalte, daß aber auch bei diesem Finanzierungsniveau die Schere zwischen gebundenen und operativ verfügbaren Mitteln in unserem institutionell finanzierten Haushalt weiter auseinandergeht und daß insbesondere die Baumaßnahmen sich einfach hinschleppen.

10 Jahre nach der Wende ist nur begrenzt Veränderung zu sehen. Immer Stück für Stück, aber immer nur ein kleines Stückchen voran. Ein Umstand, der uns zahlreiche Mahnungen aus der Öffentlichkeit einträgt, auch aus den Reihen von Bundestagsabgeordneten, die nicht verstehen können, warum 10 Jahre nach der Wende die Gedenkstätten noch diese äußere Gestalt haben, wie sie sie vor 10 oder 15 Jahren zum guten Teil noch hatten. Dabei wird nicht gesehen, der Laie sieht das nicht immer auf den ersten Blick, daß die Substanz der Gebäude, auch die der Gebäude aus der Zeit der DDR, die diese Anlagen, wie schon gesagt wurde, überformen, genauso angegriffen und marode ist wie die Bausubstanz aus der NS-Zeit, die natürlich für uns sozusagen das letzte steinerne oder auch hölzerne Zeugnis dieser Geschichte darstellt. Wir können kleine Portionen in diesem Prozeß sanieren, obwohl eigentlich alles viel schneller möglich und nötig wäre, aber es sind auch sehr aufwendige Vorhaben, z.B. Holzbaracken zu sanieren, ganze marode Bauelemente zu ersetzen und die steinerne Substanz der Geschichte herauszupräparieren, die an diesem Ort stattgefunden hat. Denn es war zwischen diesen Steinen und an diesem Ort, was geschehen ist. Es ist keine Hinzufügung, es ist ein Herauspräparieren des steinernen Kerns dessen, was an diesem Ort stattgefunden hat. All das müssen wir bewältigen, um letztlich ein Angebot zu machen, daß die Gedenkstätten als Gedenkort und als Lernort sich den Besuchern präsentieren können. Daß dort ein erheblicher Bedarf besteht, zeigen die Besucherzahlen, die von 1993, von Stiftungsgründung, von etwa 200.000 auf 400.000 insgesamt gestiegen sind. Leute, die freiwillig kommen im

Gegensatz zu Besucherzahlen, die zu früheren Zeiten auch durch Aufmärsche erzielt wurden. Die freiwillig kommen, die wir teilweise aber auch nicht bedienen können mit unseren Kapazitäten. Das bedeutet für mich, daß das sehr richtige Konzept die Erinnerung durch einen kognitiven Anteil zu ergänzen nur durch eine umfassende Verweisstruktur auf diese Orte realisiert werden kann, an denen diese Arbeit schon jetzt und in dieser Intensität geleistet wird. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank Herr Ohlhauser. Bevor wir weiter die Experten und Leiter der Gedenkstätten hören, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß wir eine möglichst störungsfreie Sitzung garantieren wollen, und ich darf Sie bitten, die mobilen Telefone abzustellen. Wir sind zwar der Ausschuß für Kultur, aber Musik in dieser Weise geht dann doch zu weit.

Als nächstes hat das Wort Frau Dr. Jacobeit, und damit schließen wir die Reihe der Leiter von Museen und Gedenkstätten und kommen zu den übrigen Experten.

Frau Dr. Jacobeit.

Dr. Sigrig Jacobeit, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück:

Aufgrund meiner Vorredner möchte ich mir erlauben, nur einige wenige Dinge zu ergänzen. Es ist schon gesagt worden, daß wir, die wir in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten unterstützt werden von Bund und Land, also Arbeitsmöglichkeiten haben, daß wir zwar nicht der Meinung sind, in gleicher Weise wie es vielleicht Herr Knigge formuliert hat, genug Geld zu haben um arbeiten zu können, aber wir können also einige Dinge tun, die Herr Ohlhauser benannt hat, Herr Morsch benannt hat.

Hier geht es aber nicht um ein Auseinanderdividieren des Gedenkens an das Geschehen vor 1945, sondern es geht darum, in dem Deutschland, in dem wir sind und hier gerade in Berlin an diesem Ort, an dem zukünftig viele, viele Menschen aus dem Ausland vor allen Dingen kommen werden, Zeichen zu setzen. Zeichen zu

setzen durch Information über das Geschehen, Zeichen zu setzen durch Möglichkeiten für Erinnerung und Gedenken, und meiner Auffassung nach haben meine Vorredner, Herr Dr. Morsch, Herr Dr. Knigge und die anderen, das so engagiert formuliert, daß ich mich dem eigentlich nur anschließen kann, daß ich also damit auch die Auffassung vertrete, es muß ein Miteinander sein. Ein Miteinander mit dem Vorhaben eines Denkmals für die europäischen Juden, aber im Verbund mit einer Information, einer großzügigen Information, die geplant ist mit der Topographie des Terrors, mit dem Neubau der Topographie des Terrors, mit dem Verbund der bestehenden Gedenkorte, der authentischen Orte bzw. auch der Orte, die es in Berlin ganz nahe dann dem Ort für das Denkmal geben wird. Dies nur als eigentlich eine Zusammenfassung dessen. Ich bin hier nicht dabei, um über Ravensbrück zu sprechen. Auch da wäre viel zu sagen, aber nicht an diesem Platz. Dankeschön.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Dann darf ich als nächstes Herrn Vergin bitten, der stellvertretender Leiter der Enquête war, die sich mit diesen Fragen beschäftigte. Herr Vergin, Sie haben das Wort.

Siegfried Vergin, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages:

Frau Vorsitzende, liebe ehemalige Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Dank an den Ausschuß beginnen. Eingedenk der Tatsache, daß der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Herr Hirsch, vor wenigen Tagen darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Los der Enquête-Kommissionen darin bestünde, daß nach Verabschiedung niemand mehr an sie denke. Dies scheint mit dem Bericht, den wir vorgelegt haben, nun doch nicht der Fall zu sein und ich glaube, dies ist gerade bei Beginn der Arbeit hier im neuen Gebäude des Deutschen Bundestages schon bemerkenswert, daß dieses Thema an den Anfang, zunächst dieses Ausschusses, aber dann auch des Parlamentes gestellt wird.

Ich möchte zunächst einmal erinnern, daß es nicht nur eine 10 Jahre währende Holocaust-Denkmal-Diskussion bzw. korrekter gesagt, eine Denkmal-Diskussion zur

Erinnerung an die vernichteten europäischen Juden gegeben hat, sondern daß auch das Parlament über einzelne Abgeordnete seit etwa 6 Jahren immer wieder sich um Gedenkstättenprobleme und Gedenkstättenfragen gekümmert hat. Natürlich waren die ersten Ergebnisse für die Engagierten nicht beglückend, sondern es hat immer wieder deutlich gemacht, daß eine ungeheuere Überzeugungsarbeit notwendig ist, um dieses schwieriges Thema zu positiven Beschlüssen zu führen, wie das in dem Vorgänger des jetzigen Deutschen Bundestages dann geschehen ist. Warum mache ich diese Unterscheidung zwischen Holocaust-Denkmal und Erinnerung an die vernichteten Juden Europas?

Wer die Literatur und die journalistischen Berichte in letzter Zeit zur Kenntnis nimmt, wird nicht mehr umhin kommen, daß man dabei ist, in den Begriff „Holocaust“ mehr hineinzunehmen, als das die ursprünglichen Initiatoren beabsichtigt hatten und das ist auch ein Hinweis darauf, daß Herr Professor Rürup gesagt hat, man solle doch mal sehr genau diskutieren, was man eigentlich will. Es kann über die Neuplanung des Holocaust-Denkmal, dieses Begriffs, durchaus auch inhaltlich etwas anderes gemeint sein, als das, was ursprünglich gemeint war.

Das Zweite: Ich habe im Dritten Colloquium hier in Berlin zum Holocaust-Denkmal oder zum Denkmal für die vernichteten Juden bereits gesagt, daß ich es für dringend erforderlich halte, daß dieses gesamte Entscheidungsthema eingebettet werden muß in das Thema der Gedenkstätten oder der Fragen, die sich mit der demokratischen Erinnerungskultur insgesamt befassen. Die Isolierung kann dazu führen, ich sag das in aller Offenheit, daß insbesondere unter den Haushaltszwängen nicht wenige geneigt sind, mit einem Beschluß über ein Denkmal das andere auf Wiedervorlage legen zu wollen. Und das wäre, glaube ich auch, den Initiatoren gegenüber und insbesondere den Opfern gegenüber nicht die Entscheidung, die notwendig ist, wie wir sie vom Deutschen Bundestag erwarten sollen. Wir sind also hier jetzt in der Phase der Realisierung, so würde ich das nennen. Jedenfalls sehe ich das als Experte, wie ich hier benannt werde, so daß vieles nicht mehr von vorne wieder aufgenommen werden muß, sondern daß tatsächlich ernst genommen wird, was in 6 Jahren Arbeit des Deutschen Bundestages vorgelegt worden ist, daß das als Grundlage dienen sollte und darauf dann die Entscheidungen im einzelnen getroffen werden.

Für mich ist Erinnern ein Gesamtkomplex oder demokratische Erinnerungskultur ein Gesamtkomplex, und deshalb will ich auch in diesen Vorbemerkungen sehr deutlich sagen, daß zu dieser demokratischen Erinnerungskultur im Sinne der Enquête-Kommission die Gesamtheit unserer neuesten Geschichte gehört, der beiden Teilstaaten Deutschlands, das heißt also, daß nicht nur das Thema Gedenken an die Opfer des Stalinismus in den Gedenkstätten mit doppelter Last abzuarbeiten ist, sondern daß dies generell zu einer bundesweit geltenden Konzeption demokratischer Erinnerung gehört. Auch das will ich hier heute anmerken, daß nicht eine Abspaltung eventuell eintritt.

Wenn ich mich jetzt vor die Frage gestellt sehe, was willst du denn jetzt haben zum jetzigen Punkt, dann werde ich dies nicht unter Darlegung der Enquête-Kommissions-Ergebnisse machen, sondern meine eigenen Überlegungen vortragen. Nach meiner Auffassung sollte der Bundestag eine klare Entscheidung für ein Denkmal zur Erinnerung an den Mord an den europäischen Juden fällen und für die Umsetzung des Entwurfs von Eisenman im Sinne II arbeiten. Dieses Denkmal sehe ich als Symbol des demokratischen Staates, sich der fortdauernden Aufgabe der Erinnerung an die NS-Verbrechen bewußt zu sein. Der vorgeschlagene Standort in Berlin-Mitte ist dazu in hervorragender Weise nach meiner Auffassung geeignet. Durch die Gestaltung von Eisenman wird an diesem Ort zwischen Regierungsviertel und Geschäftsviertel am Potsdamer Platz ein absichtsvoller Bruch in der Stadtlandschaft, geradezu eine symbolische Leere sichtbar. Dieser besondere Bruch kann weder durch eine Gestaltung als Museum noch durch einen jeglichen Garten erreicht werden. Eine eindrucksvolle und konkurrenzlose architektonische Gestaltung als Museum mit Denkmalselementen bietet bereits das neue Jüdische Museum von Libeskind in der Lindenstraße.

Insbesondere will ich betonen, daß der Entwurf von Eisenman in keiner Weise von Monumentalität geprägt ist und so ein stilles würdiges Denken auch ermöglicht wird. Dieser Entwurf Eisenman ist auch das Ergebnis von zahlreichen Debatten in den Berliner Colloquien und hat große Zustimmung in der Fachwelt und Öffentlichkeit erfahren. Dieses Denkmal würde sich in eine besondere Berliner Geschichtsmeile von Denkmälern einordnen. Die Siegestsäule, Sowjetisches Ehrenmal, Reichstagsgebäude und Mauerkränze, Kreuze, Brandenburger Tor sowie perspektivisch die

Linden mit der Neuen Wache und dem Mahnmal zur Bücherverbrennung. Überlegenswert ist, die Nennung der Orte des Verbrechens, der Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager sowie eine Aufzählung der zerstörten jüdischen Gemeinden in Europa bei der Gestaltung zu berücksichtigen. Aber dies sind Anmerkungen, die ich machen will. Sie sind nicht für mich grundlegend.

Zur Einbettung in die Erinnerungslandschaft und darin nehme ich auch auf, was ich im Colloquium hier schon bereits vorgetragen hatte, wird in das Denkmal ein Verweis, ein Verweis auf die Gedenkstätten in Berlin, Deutschland und Europa integriert. Dies ist etwas anderes als das, was vom Staatsminister öffentlich vorgeschlagen wurde. In Form eines multimedialen Verzeichnisses sollen sich die Besucher über die Gedenkstätten in Deutschland und Europa und deren Arbeit informieren können. Bei Eingabe z.B. eines Ortsnamens erscheinen die Gedenktafeln, Gedenkstätten, Ausstellungen und Museen am jeweiligen Ort mit Informationen über Anfahrt und Öffnungszeiten. Damit würde deutlich, daß das Denkmal zur Erinnerung an das herausragende Menschheitsverbrechen, des Mordes an den Juden, auch in gewisser Weise die lebendige Erinnerungskultur repräsentiert und somit auf die Verantwortung für die Erinnerung an alle Opfer der NS-Diktatur verweist. Ein besonderer Hinweis erscheint zu den Berliner Gedenkstätten an den authentischen Orten, die umfassend über die NS-Diktatur informieren. Zum Denkmal sollte eine Bushaltestelle gehören, von der regelmäßig Busse und Stadtrundfahrten zu den Gedenkstätten im Raum Berlin abfahren. Insbesondere wäre auf die Stätten zur jüdischen Geschichte zu verweisen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden die Gedenkstätten in Berlin finanziell und institutionell gestärkt. Die Bundesausgaben zur Hauptstadt Kultur werden auch gezielt für die Gedenkstätten eingesetzt. Eine stärkere Kooperation der Berliner Gedenkstätten, gemeinsamer Wegweiser und ähnliches, werden gefördert. Insbesondere ist die Topographie des Terrors zu fördern, als umfassende Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungseinrichtung an der ehemaligen Zentrale der NS-Terrorinstitution. Dies sind konkretere Hinweise auch auf Detailfragen, aber ich habe keine weitere Gelegenheit auf diese Dinge nochmal zu verweisen, deswegen habe ich mich auf solche, zunächst simpel erscheinende Hinweise, konzentriert.

Ganz deutlich will ich sagen, daß die Entscheidung für das Denkmal mit dem Beschluß zur Umsetzung einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption des Bundes nach meiner Auffassung verbunden werden soll aus den Gründen, die ich einleitend gesagt habe. Und ich halte es auch für notwendig, um jetzt noch mal auf den Enquête-Bericht zu verweisen, sich der Unterpunkte des Berichtes genauer anzunehmen, um die Vielfalt der demokratischen Erinnerungskultur nicht verlorengehen zu lassen, sondern um deutlich werden zu lassen, daß demokratische Erinnerungskultur letztendlich Teil unserer Kultur überhaupt ist. Erst wenn wir diesen Schritt wagen und diesen Schritt tun, meine ich, kommen wir in eine Situation, wo es dann auch einfacher wird, die von Herrn Knigge thematisierte Frage von Schuld in Verantwortung zu überführen, sich verantwortlich zu fühlen. Mir scheint, wenn wir den Weg in die Zukunft richtig bestreiten wollen, muß dieser Weg hin zur Verantwortlichkeit für die Geschichte beschritten werden. Erst dann wird es möglich sein, auch eine Akzeptanz dieses Teils der Geschichte von kommenden Generationen als Teil der Gesamtgeschichte zu erreichen. Soviel zunächst jetzt an dieser Stelle.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank Herr Vergin für diesen Beitrag, der im ersten Teil das Ergebnis der Enquête wiedergab. Ich danke Ihnen dafür. Ihre Ausführungen sind identisch mit den Aussagen von Rainer Eppelmann, der Vorsitzender der Enquête war und den wir ebenfalls eingeladen haben. Er läßt alle grüßen: Er konnte leider den Termin heute nicht wahrnehmen. Aber es gibt keinerlei Dissens zwischen den Fraktionen.

Als nächstes hat das Wort Herr Klemke von der Senatsverwaltung Berlin. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen. Sie sehen, wir lassen die Brücke nicht abreißen. Es ist wichtig, daß Sie hier sind und sagen: wie war die Ausschreibung, und welche Rolle spielte schon in der Ausschreibung auch die Frage der Gedenkstätten. Vielen Dank, Sie haben das Wort, Herr Klemke.

Rainer Klemke, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Mitarbeiter und ich sind verantwortlich in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und

Kultur für die Archive, Museen und Gedenkstätten, und vor diesem Hintergrund spreche ich hier.

Ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen, daß Sie diese Sitzung hier und gerade an diesem Tage durchführen, daß Sie die Gedenkstätten hier zu Wort kommen lassen. Wir haben seitens des Landes Berlin unsere Arbeit an diesem Denkmal immer in enger Abstimmung mit den Gedenkstätten getan. Wir haben hier einen eigenen Arbeitskreis der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten. Sowohl für die Zeit vor 1945 als auch nach 1945, wo wir immer dieses Gespräch gesucht haben, denn aus unserer Sicht sitzen dort die Experten, die sich täglich mit diesen Themen beschäftigen und von dort aus, wir haben es ja in den profunden Beiträgen hier heute vormittag gehört, auch Beiträge leisten können. Da vieles schon gesagt ist, werde ich heute nur einige Anmerkungen machen.

Gestatten Sie mir noch eine Vorbemerkung. Oft ist es der Zufall der Regie führt, manchmal auch weise Planung. Zumindest erscheint es bemerkenswert, daß dieser Ausschuß an diesem Tage im gestern vom Parlament übernommenen Berliner Reichstag zusammenfindet, um darüber zu sprechen, wie dem systematischen Mord an den Juden Europas zu gedenken ist und in welcher Form die Deutschen zu einem Zeitpunkt, da Berlin wieder die Hauptstadtfunktion eines wiedervereinigten Deutschlands übernimmt, ein Zeichen für ihre Verantwortlichkeit setzen sollen. Heute ist der 110. Geburtstag des Mannes, der mit seinen Helfershelfern die Deutschen zu diesem Verbrechen angestiftet, dieses organisiert und alle Befehle für die Ausführung gegeben hat und dem die erste deutsche Demokratie, die in diesem Reichstag zu Hause war, stets ein Dorn im Auge war. Adolf Hitler, der am 20. April 1889 in Braunau am Inn geboren wurde. Heute vor 60 Jahren veranstaltete die Deutsche Wehrmacht anlässlich des 50. Geburtstages des Diktators hier vor dem Reichstag auf der heutigen Straße des 17. Juni, damals Charlottenburger Chaussee, eine glänzende Waffenschau und Parade, die letzte dieser großen Art vor ihrem Einsatz im Zweiten Weltkrieg und vor dem Aufbau der großen Vernichtungslager in Polen und anderen Ländern in Europa.

Gestatten Sie, daß ich an dieser Stelle auch ein Wort sage zum Stand des Verfahrens. Die Frau Vorsitzende hat es eben erbeten. Ich habe das erweiterte Auswahlverfahren als Leiter der Geschäftsstelle von Anbeginn begleitet und bin etwas

erstaunt über den kräftigen Druck, der ausgeübt wird, das Verfahren nun nicht etwa durch eine Bauentscheidung, sondern durch eine Art Siegererklärung zum Abschluß zu bringen. Dieses Verfahren, und das haben mittlerweile alle Gutachten, selbst die der kritischen Architektenkammer, bestätigt, ist keines im Rahmen der üblichen genormten Wettbewerbsverfahren. Es wurde gewählt, weil das erste reguläre Wettbewerbsverfahren nach einhelliger Überzeugung nicht das gewünschte Ergebnis erbracht hat. Deshalb sprechen wir in unseren Texten auch niemals von Auslobern, denn wir haben keinen Preis ausgelobt, sondern immer nur von Auftraggebern. Die Auftraggeber, das sind der Bund, zunächst vertreten durch das Bundesinnenministerium, jetzt der Beauftragte für Kultur und Medien, der Förderkreis, der die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas initiiert hat, sowie das Land Berlin, vertreten durch den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Diese haben über eine qualifizierte Findungskommission Vorschläge für geeignete Künstlerpersönlichkeiten erarbeiten lassen, die um die Abgabe eines Entwurfes gebeten wurden. Nachdem dies erfolgt war, bat man die Experten wiederum um ihren Rat, wie sie diese Entwürfe bewerten. Dadurch entstand die Gruppe der vier Finalisten Eisenman, Weinmiller, Gerz und Libeskind unter denen nun, nach der Logik des Verfahrens, entweder die Auswahl des Realisierungsentwurfes anstand oder aber die Entscheidung der Auftraggeber, daß sich kein Entwurf nach Auffassung der Auftraggeber zur Realisierung eignet.

In dem Verfahren, in dem wir uns befinden, haben sich alle drei Auftraggeber bzw. ihre Parlamente im Laufe des Verfahrens die Meinung gebildet, daß die Entscheidung, was und wie nun gebaut werden solle, angesichts der Bedeutung des Vorganges vom Deutschen Bundestag getroffen werden solle, wenngleich dieser nicht als Kunstjury auftreten solle und wolle. Er, so die Erwartung, hätte damit die erforderliche Grundsatzentscheidung zu treffen, die dann die Richtschnur bei der Errichtung des Denkmals bilden würde. Alle drei Auftraggeber haben wiederholt erklärt, daß sie eine solche Entscheidung akzeptieren und umsetzen wollen. Warum soll dann nun auf Biegen und Brechen ein Entwurf zum Sieger eines Verfahrens ausgerufen werden, der zumindest nach dem Willen des für die Bundesregierung agierenden Staatsministers nicht realisiert werden soll. Aus dem Verfahren ergibt sich ein solcher Zwang nicht, aber es erscheint auch wenig hilfreich für die Umsetzung der Vorhaben. Aus der Sicht des Landes Berlin hat der Deutsche

Bundestag nun das Wort, welche Art von Denkmal er befürwortet und es ist dann die Aufgabe der bisherigen Auftraggeber oder gegebenenfalls auch anderer bzw. weiterer vom Deutschen Bundestag Beauftragter zu prüfen, ob die Ergebnisse des erweiterten Auswahlverfahrens diese Willensbildung des Deutschen Bundestages abbilden bzw. was alternativ zu erarbeiten wäre. Im letzteren Falle hätte kein Vorschlag aus dem Verfahren letztlich die Akzeptanz gefunden, die für erforderlich gehalten wird, und damit hätte das bisherige Verfahren schlicht seine Erledigung gefunden.

Nun zum Antagonismus Denkmal - Gedenkstätten. In der ursprünglichen Konzeption des Denkmals gab es die immer wieder beschworene Konkurrenz zwischen dem authentischen Ort der Geschichte und dem Denkmal nicht. Im Gegenteil. Das Denkmal ergänzte die aus den historischen Schauplätzen, zumeist aus bürgerlichem Engagement heraus entstandenen Gedenkstätten, durch eine eigene Qualität. Während an den historischen Plätzen die Architektur der Verbrechen bzw. des Verbrechens konserviert wird, um den Nachgeborenen zu zeigen, was hier wo und wie geschehen ist, also die Stätten der Schuld und Mahnung zeigt, ist das Denkmal an einem freigewählten Ort, der der Bedeutung der Tat wie auch der ihr zukommenden öffentlichen Bedeutung und Beachtung gerecht wird. Ein Produkt und ein Ausdruck ihrer Zeit und ihrer Auffassung. Das Denkmal ist ein Ausdruck unserer Verantwortung, zu der wir uns bekennen. Gerade zu einem Zeitpunkt, an dem das deutsche Parlament und die deutsche Regierung nach Berlin zurückkehren und damit eine besondere Verantwortung übernehmen. Ein solches Denkmal könnte und sollte hierfür der sichtbare Ausdruck sein. Es gibt insofern keinen Gegensatz zwischen dem Denkmal in der ursprünglichen Konzeption und den Gedenkstätten. Dieses Denkmal würde verweisen auf die Stadt und das Land, wo die Entscheidung für dieses Verbrechen fiel und wo die Verantwortung zu tragen ist. Wie dies geschah, darüber informiert die benachbarte Stiftung Topographie des Terrors. Hierzu hat Professor Rürup schon alles gesagt. Andererseits informieren die Gedenkstätte Sachsenhausen, das Haus der Wannsee-Konferenz und andere über die anderen Opfergruppen und andere Vorgänge, die in diesem Zusammenhang relevant sind. Diese Konzeption ist die eines engen Zusammenspiels der Stätten der Information an den historischen Orten und dem Denkmal, das ein Zeichen setzt für das größte Einzelverbrechen, das je in deutschem Namen und von Deutschen begangen wurde.

Dies ist kein einfacher und insofern, wie die Tat selbst, ein singulärer Vorgang in der internationalen Öffentlichkeit und findet gerade deshalb eine enorme Beachtung. Im Unterschied zu den Ländern wie Israel und den USA, wo viele Opfer der Nationalsozialisten oder deren Angehörige leben, brauchen wir hier in Deutschland und speziell in Berlin die Hinterlassenschaften des NS-Regimes nicht zu musealisieren, und wir brauchen keine künstlichen Orte zu schaffen, um zu erzählen, was damals geschehen ist. Aus diesem Grunde gibt es einen überwältigenden Konsens in der gesamten Wissenschaft, der die Errichtung eines Holocaust-Museums strikt ablehnt. Mit aller Entschiedenheit wird dagegen, wie auch in der Enquête des Deutschen Bundestages, für die Instandhaltung und den Ausbau der Gedenkstätten an den historischen Orten eingetreten, die ohnehin angesichts des Ablaufes der Lebenszeit der letzten Zeitzeugen, einen grundlegenden Wandel in ihrer Funktion unterliegen. Insofern teilt das Land Berlin die Bedenken der Gedenkstätten und der Fachwissenschaft, die Konzeption eines Denkmals mit der eines, wie immer auch gearteten Holocaust-Museums zu verbinden. Dies bezieht sich auch auf mögliche Bibliotheken und Archive, die vor Ort in Berlin in weltweit einmaliger Dichte vorhanden, zugänglich und von Wissenschaftlern aus aller Welt genutzt sind.

Alle Funktionen, die über eine reine Dokumentation zum Denkmal und den Verweis auf die Orte anderer Erkenntnisse hinausgehen, können von der wenige Minuten vom Denkmalsort entfernten Stiftung Topographie des Terrors für das Denkmal übernommen werden. Zumal sie Bestandteil des in der Errichtung befindlichen Bauprojektes sind. Jetzt beziehe ich mich auch auf Ausführungen von Herrn Rürup. Insofern plädiere ich mit aller Entschiedenheit dafür, die Betreuungsaufgaben, technischer wie pädagogischer Art, für das geplante Denkmal der Stiftung Topographie des Terrors zu übertragen. Dadurch könnte ein unsinniger Antagonismus vermieden und die von vielen gewünschte Ergänzung zur Funktion des Denkmals von dieser weltweit anerkannten und auch räumlich jetzt mit dem Neubau hierfür qualifizierten Stiftung wahrgenommen werden.

Die Wissenschaft wie auch die Archive des Bundes und der Länder haben übrigens gerade noch einmal eindringlich davor gewarnt, Sonderarchive anzulegen, die die Aktenbestände auseinanderreißen und Forschungszusammenhänge zum Teil zerstören. Wir kennen das Problem des Document Center, wo alle möglichen

Unterlagen der NS-Zeit auf Namensvorgänge hin einzeln zerfleddert worden sind, die sinnvoll waren, um die einzelnen Namen herauszufinden, aber jetzt der Wissenschaft unmöglich machen, Zusammenhänge z.B. des Vorgehen einzelner NS-Einheiten oder Organisationsgliederungen der Partei im Gesamtkomplex darzustellen.

Nur noch eins zum Denkmal. Das Denkmal ist Ausdruck seiner Zeit. Insofern ist es immer ungerecht, einen Maßstab anzulegen, der ermessen soll, wie die Nachgeborenen in 50 oder 100 Jahren dieses Zeichen verstehen. Dies war nie und bei keinem mir bekannten Anlaß das Entscheidungskriterium. Ein Denkmal ist, wie jedes Kunstwerk, ein Zeichen, das aus sich selbst heraus spricht. Diese emotionale Ansprache kann ergänzt werden durch eine Beschriftung, einen Sinnspruch, informatorische Hinweise, wie sie seit Anbeginn im erweiterten Auswahlverfahren immer intendiert waren, und es muß die Adresse klar sein, an die sich das Denkmal richtet. Deshalb ist seit Anbeginn des Verfahrens und bestätigt durch die Colloquien von allen Experten einhellig die Auffassung vertreten worden, daß es keine jüdischen Symbole oder Schriftzeichen enthalten soll, ist es doch als Bekenntnis und Mahnung unserer Schuld und Verantwortung gedacht. Ist es doch kein realer oder virtueller Friedhof, wie es etwa die ehemaligen Konzentrationslager darstellen. Und es kann auch nicht nur ein Hinweis auf das Fünfte Gebot sein, denn es ging bei diesem Verbrechen, wie es Hans-Jochen Vogel eindrucksvoll in der letzten Anhörung beschrieben hat, nicht darum, daß hier einfach „nur“ Menschen ermordet wurden. Dieses Gebot der jüdischen wie auch der christlichen Religion richtet sich gegen jedes Morden. Hier ging es um die systematische Ausradierung eines Volkes, einer Religion, einer Form menschlichen, kulturellen Lebens. Gerade dies macht die Singularität dieses Verbrechens aus. Gerade dies gibt uns allen eine besondere Verantwortung, darüber mit offenen Augen zu wachen, was in unserer Welt geschieht, gerade in diesen Tagen. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Herr Klemke. Während Ihres Beitrags gingen sofort die Finger hoch, es gibt einige Wortmeldungen zu diesem Beitrag. Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, die noch einmal unterstreichen, wie Berlin die Frage sieht. Aber denken Sie daran, daß wir zweierlei nicht sein wollen: erstens nicht die Kommission

für Ästhetik, aber wir werden uns auch nicht reduzieren - es wird neben der konzeptionellen eine sehr grundsätzliche Debatte im Deutschen Bundestag geben.

Als letztes hat das Wort Herr Professor Faulenbach. Er ist Vorsitzender der historischen Kommission der SPD, und auch hier eine kurze Anmerkung. Selbstverständlich haben wir auch die andere historische Kommission aufgefordert, Wortbeiträge zu geben. Leider waren viele verhindert. Aber das Wort und auch das Vertrauen der anderen hat Herr Professor Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender der historischen Kommission des SPD-Parteivorstandes:

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube die bisherige Anhörung hat gezeigt, daß es sinnvoll ist, die Frage des Denkmals mit der Gedenkstättenkultur zu verknüpfen. Ich möchte dazu nochmal fünf Punkte ansprechen, wobei zwangsläufig einiges sich mit dem überschneidet, was bereits angesprochen worden ist.

Erstens: In der Nachkriegsepoche, in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten, hat sich eine Erinnerungskultur herausgebildet, in der die Gedenkstätten unzweifelhaft eine herausragende Bedeutung haben. Lassen Sie mich die Funktion dieser Gedenkstätten noch einmal kurz benennen. Weil sie ja hier in diesem Zusammenhang eine Bedeutung haben. Die Gedenkstätten wurden an authentischen Orten errichtet, die Erhaltung der baulichen und anderen Überreste der Vergangenheit und die Sammlung von Gegenständen und Zeugnissen bezeugen und beglaubigen das Geschehen der Vergangenheit. Sie schaffen, wie etwa Friedhöfe, den Rahmen für individuelles und kollektives Gedenken. Sie informieren in Ausstellungen über die Vergangenheiten, wobei sie sich, insgesamt gesehen, tendenziell zu zeithistorischen Museen, Archiven und Forschungseinrichtungen weiter entwickeln. Und sie sind schließlich nicht zuletzt Lernorte für Individuen und Gruppen, sie bieten die Möglichkeit selbständiger Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Sie haben teilweise ein ausgesprochen differenziertes Bildungsangebot inzwischen entwickelt, das lebhaft genutzt wird. So sind die Funktionen zu bezeichnen.

Zweitens: Berlin und Umgebung zeichnen sich durch eine sehr entwickelte Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungskultur aus. Die verschiedenen Institutionen sind hier genannt worden. Topographie des Terrors, Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, vor allem aber auch die Gedenkstätte im früheren Konzentrationslager Sachsenhausen. Bedeutsam im Gegenkontext ist übrigens das Jüdische Museum, das hier noch nicht oder kaum angesprochen worden ist. All diese Einrichtungen nehmen wichtige Funktionen wahr, wie ich sie eben beschrieben habe, bedürfen jedoch teilweise einer intensiveren Förderung der öffentlichen Hand. Dies gilt etwa für die Brandenburgischen Gedenkstätten, über die hier schon wiederholt gesprochen worden ist. Lassen Sie mich an dieser Stelle im Hinblick auf die Gedenkstättenkultur insgesamt noch einmal hervorheben, was uns in dieser Enquête-Kommission, deren Mitglied ich ebenfalls gewesen bin, bewegt hat, welche Punkte wir als unbedingt verbesserungsbedürftig ansehen. Erstens: Wir waren der Ansicht, wir haben ja durchaus eine kritische Bestandsaufnahme gemacht, wir waren der Ansicht, vor allem Gedenkstätten müssen stärker gefördert werden, als das bislang der Fall ist. Zweitens: Wir wollen den Kreis der Institutionen tatsächlich auch ausdehnen. Sowohl was die NS-Vergangenheit angeht, als auch, wir müssen noch einige Institutionen, Gedenkstätten, im Hinblick auf das stalinistische Unrecht in die Förderung mit aufnehmen. Wir müssen des Weiteren eine bestimmte Förderungsmöglichkeit auch im Hinblick auf die westdeutschen Einrichtungen auf die Dauer anbieten. Dieses alles bedeutet, das Volumen im Hinblick auf die Förderung dieser Gedenkstätten muß erhöht werden, jedenfalls ist dieses die Überzeugung der Enquête-Kommission des Bundestages gewesen. Dies muß man, glaube ich, in diesem Kontext mitsehen und mitdiskutieren, denn irgendwo stoßen sich dann auch die finanziellen Ressourcen hart im Raum.

Ein dritter Punkt: Die Diskussion für ein Denkmal/Mahnmal für die ermordeten Juden Europas bzw. für die Opfer des Nationalsozialismus insgesamt hat aus meiner Sicht über Jahre darunter gelitten, daß teilweise völlig überzogene Ansprüche an ein solches Denkmal erhoben worden sind, als ob gleichsam alle Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit stünden und fielen mit diesem Denkmal und teilweise von der vorhandenen Erinnerungskultur abstrahiert worden ist. Jedenfalls ist wiederholt darauf hingewiesen worden, unter anderem etwa von der historischen Kommission

deren Vorsitzender ich bin, daß ein Denkmal ein Element einer vielfältigen Erinnerungskultur sein würde. Das projektierte Denkmal kann nicht mehr leisten, als das was Denkmäler zu leisten vermögen. An etwas zu erinnern, was mehr oder weniger bekannt ist, über das man sich zusätzlich informieren kann. Es kann Anstöße zu Auseinandersetzungen mit dem Geschehen geben. Es kann symbolisch bestimmtes Geschehen auch versuchen zu verdichten. Es steht in einer Erinnerungskultur insofern nicht allein. Ist im Grunde genommen darauf angewiesen, daß da eine Erinnerungskultur im Kontext vorhanden ist. Es ergänzt die Erinnerungslandschaft, kann sie jedoch niemals substituieren. Die Gedenkstättenkultur leistet vieles, was jedenfalls ein isoliertes Denkmal alleine nicht leisten kann.

Viertens: Denkmäler sagen etwas aus über die Intentionen der Erbauer. Sie wenden sich unter Bezug auf die Vergangenheit ganz zweifellos an Gegenwart und Zukunft. Aus meiner Sicht sollte das Holocaust-Denkmal ein unübersehbares Zeichen sein, daß sich unsere Demokratie immer an den Judenmord und an die anderen Untaten des Nationalsozialismus erinnern will und Politik stets auf dem Hintergrund des Wissens um diese Vergangenheit verantwortet werden muß. Deshalb erscheint mir etwa ein Platz in unmittelbarer Nähe der Zentren staatlicher Macht, die als Symbole unserer Demokratie und unseres Staates fungieren, in besonderer Weise angemessen zu sein.

Ein fünfter Punkt: Auf dem Hintergrund der Gedenkstättenkultur und der Museumslandschaft scheint mit jedenfalls nicht unbedingt ein neues, großes Haus der Erinnerung, das das Denkmal flankiert, zwingend zu sein, jedenfalls soweit ich das erkennen kann. Im Gegenteil. Es würde mit den vorhandenen Gedenkstätten, etwa der Topographie des Terrors konkurrieren um Besucher und öffentliche Mittel und zwangsläufig einer Zentralisierung der Erinnerungskultur Vorschub leisten. Anzustreben ist jedoch, darüber gab es bislang jedenfalls in unserer Gesellschaft einen sehr weit gehenden Konsens, eine dezentrale Erinnerungskultur, in der Berlin einen herausragenden Platz hat. Man war der Überzeugung, daß es galt, diese weiter zu entwickeln und stärker zu vernetzen. Kompatibel mit der vorhandenen Erinnerungslandschaft wäre ein Mahnmal/Denkmal, das unübersehbar etwa zwischen Bundeskanzleramt und Reichstag/Bundestag auf dem Platz der Republik

oder einem ähnlichen Ort errichtet würde. Also insofern scheint mir der Vorschlag, den Richard Schröder gemacht hat, so abwegig nicht zu sein, wenn ich auch die Sache mit der Schrift usw. als keine überzeugende Lösung empfinde.

Dieses wäre übrigens die Präferenz auch der historischen Kommission. Aber kompatibel, kompatibel mit der Erinnerungslandschaft, kompatibel mit der Erinnerungslandschaft wäre auch der Entwurf Eisenman II. Auch wenn ich persönlich nicht frei von Bedenken bin, ob das Stelenfeld in seinem Versuch der Imagination eines nicht vorhandenen Friedhofes wirklich sinnvoll ist. Inkompatibel aber wäre doch wohl, nach allem was ich sehen kann, Eisenman III. Er würde die bisherigen Gedenkstättenkultur sprengen, weil die Funktion, die etwa in dem Haus der Erinnerung wahrgenommen werden soll, an anderer Stelle bereits entweder wahrgenommen werden oder aber, was neue Funktionen angeht, sie etwa im Jüdischen Museum und an anderen Stellen sinnvollerweise wahrgenommen werden könnten.

Eine abschließende Bemerkung: In der Debatte über das Denkmal irritieren manche Diskussionsbeiträge, die die vorhandene Erinnerungskultur und ihre vielfältigen Formen offenbar häufig nur oberflächlich zur Kenntnis genommen haben, ganz zu schweigen etwa von der Tatsache, daß die wissenschaftlichen Bemühungen und die politische Bildung nicht wirklich registriert wird. So wahr es ist, daß jede Generation ihr eigenes Verhältnis zu dem Judenmord als einem Teil unserer Geschichte finden muß, so unbestreitbar ist doch auch, daß die Auseinandersetzung mit dem Holocaust nicht erst mit diesem Holocaust-Mahnmal in Berlin beginnt. Ein solches Mahnmal könnte ein zusätzliches Moment sein und für die Errichtung eines derartigen zusätzlichen Momentes ist der Zeitpunkt in der Tat vernünftig. Jetzt ist der Zeitpunkt des Umzugs von Regierung und Parlament nach Berlin. Er wäre auch deshalb günstig, weil wir in einer spezifischen Folge der Generationen sind, wo sozusagen das kommunikative Gedächtnis in ein kulturelles Gedächtnis überführt wird. Auch dieses läßt es sinnvoll erscheinen, an dieser Schnittstelle einen derartigen symbolischen Akt zu unternehmen. Insofern könnte ein derartiges Denkmal oder Mahnmal den Willen der demokratischen Gesellschaft bekunden, die Erinnerung an den Holocaust stets bewahren zu wollen. Schönen Dank.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Professor Faulenbach. Das waren die Beiträge der Leiter der Gedenkstätten und der übrigen Experten. Ich gehe nun für die weitere Erörterung davon aus, daß die Kolleginnen und Kollegen damit einverstanden sind, wenn wir Frau Rosh im Laufe der Anhörung noch das Wort erteilen. Ich sehe keinen Widerspruch für diese Expertenwortmeldung. Wir verfahren aber so, daß zunächst unsere Kollegen das Wort bekommen, als erstes der Kollege Lammert.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU):

Das überrascht mich ein bißchen, aber ich will mich auch nicht drücken. Frau Vorsitzende, es wird hoffentlich niemand als despektierlich verstehen, wenn ich zu Beginn sage, daß diese gerade vorgetragene Serie von Kommentierungen zu den aktuellen Überlegungen und zum Stand der Diskussion einmal mehr die nicht ganz neue Erfahrung bestätigen, daß es eigentlich zum Sachverhalt nichts Neues mehr vorzutragen gibt. Ich meine das übrigens nicht nur jetzt im formalen Sinne ausdrücklich nicht als despektierliche Bemerkung, weil diese inzwischen ja auch häufig wiederholte Bemerkung auch aus meiner Überzeugung kein überzeugendes Argument dafür ist, die Debatte für offenkundig abgeschlossen zu halten. Denn ganz evident ist, daß sie nicht abgeschlossen ist und daß sich viele, insbesondere auch viele, die zu einer Entscheidung aufgerufen sind, ausgesprochen schwertun. Eine solche Entscheidung zunächst mal für sich ganz persönlich, unabhängig mal von der Frage, für wie repräsentativ sie das dann für Gruppierungen, politische Gruppierungen, Teile der Gesellschaft halten. Und weil das so ist, würde ich gern auf zwei Punkte nochmal hinweisen, die vielleicht beide auch eine Vertiefung lohnen.

Erstens: Es ist gelegentlich in mehreren Stellungnahmen der geladenen sachverständigen Experten ausdrücklich oder implizit von der Oberflächlichkeit mancher Debatten die Rede gewesen, und man wird ja auch schwer bestreiten können, daß sich ein beachtlicher Teil der Diskussion durch diesen Verdacht zumindest der Oberflächlichkeit auszeichnet. Ich will auf den mich selbst gelegentlich ärgern den Umstand hinweisen, daß dies eher der größere Teil der Debatte ist, sofern wir über eine öffentliche Debatte und nicht nur über eine Debatte von Fachleuten,

von Experten, von Betroffenen, von professionell mit dem Gegenstand Befästen reden, und wir müssen uns immer wieder, übrigens gerade auch als federführender Ausschuf, der irgendwo die Transmission dann herstellen soll zwischen diesem Teil der professionellen Befassung mit dem Gegenstand und einer breiten Öffentlichkeit und einem Parlament, das eine Entscheidung treffen soll, über diese Diskrepanz klar werden und über die damit verbundenen bersetzungsprobleme.

Und gerade weil das so ist, will ich mit ausdrücklichem Respekt und ausdrücklicher Zustimmung eine der Schlußbemerkungen von Professor Faulenbach aufgreifen, der aufs schönste die Ankündigung der Vorsitzenden bestätigt hat, daß er nicht nur für die historische Kommission seiner Partei, sondern möglicherweise auch für andere sprche. Für mich jedenfalls kann ich das insofern sofort bestätigen. Es sind in dieser Diskussion eine Reihe von Übertreibungen unterwegs, und ich füge jetzt aus meiner Sicht mal hinzu, auch manche Neigung zur Dogmatisierung von Argumenten, die zwar, nicht alle, aber häufig sehr gut nachvollziehbar sind. Die aber genau diesem bersetzungsproblem enorm im Wege stehen. Es gibt auf allen Seiten, ich will mich da selber auch gar nicht von freisprechen, weil man sich ja auch mit zunehmender Befassung mit dem Gegenstand immer mehr einbildet, nun wisse man immer genauer, warum es überhaupt nur so und nicht anders geht. Es gibt eine Neigung, eine bestimmte gut begründete Position am Ende für die einzig mögliche zu halten und auf diese Weise genau den Konsens, den wir brauchen, wenn ein solches Mahnmal die Funktion erfüllen soll, die hier nochmal zurecht beschrieben worden ist, eher zu gefährden als zu befördern. Und daß war es für mich, und wenn ich das einfach als Stellungnahme und weniger als Nachfrage formulieren darf, ein durchaus besonders wichtiger Ertrag dieser Diskussion, daß wir uns gemeinsam darum bemühen müssen und offenkundig auch bemühen wollen, den Sachverstand, der sich aus zum Teil langjähriger intensiver Beschäftigung mit dieser komplexen Materie ergibt, nun in einer geeigneten Weise in diese öffentliche Diskussion einzuführen und daß wir gleichzeitig dabei der Versuchung widerstehen sollten, gut begründete Schlußfolgerungen als die einzig denkbaren oder als einzig erträgliche Schlußfolgerungen eines politischen Entscheidungsprozesses berzuinterpretieren, denn wir könnten uns sonst unversehens in eine Lage manövrieren, wo am Ende ein Ergebnis raus kommt, das nach unseren eigenen rhetorischen Übertreibungen als unerträglich sofort zurückgewiesen werden müßte. Ich kann nicht erkennen, daß das

dem Prozeß der Begründung und Fortführung einer Erinnerungskultur hilfreich wäre, die der eigentliche harte Kern dieser Bemühungen ist.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Prof. Weisskirchen, bitte.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir geht es fast ähnlich wie Norbert Lammert, daß, je mehr wir uns mit dem Thema befassen, wir natürlich jetzt darauf achten müssen, daß in der Schlußphase, bevor wir zur Entscheidung kommen, wir dabei darauf achten müssen, daß die Kolleginnen und Kollegen, die nachher mit uns gemeinsam entscheiden, und das wird ja eine freie und offene Abstimmung im Deutschen Bundestag sein, daß wir uns nicht als so etwas wie ein davon abgehobenes fast elitäres Gremium verstehen, das sich selber so viel Expertenwissen, dank der Experten, die wir ständig hören, angeeignet hat. Und vielleicht darf ich mal in dem Zusammenhang erwähnen, mehrere haben ja auch kritisch zu dem Entwurf von Richard Schröder etwas gesagt oder zu seiner Idee, das kann durchaus auch anders sein, daß die Kolleginnen und Kollegen, die im Deutschen Bundestag, außer uns natürlich, die Mehrheit darstellen, daß die möglicherweise leicht auf einen Entwurf eingehen, der ihnen es auch leichter macht eine Entscheidung zu treffen, um möglicherweise sich ein wenig auch herauszunehmen aus dem doch sehr schwierigen Lernprozeß, dem wir uns gemeinsam zu unterwerfen hätten. Das kann man und könnte man sehr wohl und sehr gut verstehen. Deswegen möchte ich immer wieder dafür plädieren, daß der Prozeß der Entscheidung bis zum letzten Tag so offen ist, daß auch alle mit daran teilnehmen können an dem Begründungszwang, sich für einen dieser, sich jetzt doch herauskristalisierenden drei, möglicherweise drei Alternativen, zu entscheiden.

Dabei teilen wir genau das, was die Experten uns gesagt haben, daß wir im Moment gerade an einer doch sehr schwierigen Zäsur sind. Sie ist einmal generationsspezifisch bedingt, wo das individuelle Gedächtnis überwandern muß, hineinwandern muß, in ein kulturelles Gedächtnis, das eben nicht mehr alleine von

den Einzelpersonen zu definieren ist, sondern das eben dann auch den Bezugsrahmen definiert, wie Halbwachs ja seinen entscheidenden Punkt benannt hat, auf den es ankommt, wenn es darum geht, das soziale Gedächtnis so zu formulieren, daß diese Entscheidung, die wir jetzt politisch vornehmen, auf dem Hintergrund genau dessen zu verstehen ist und den Hintergrund reflektieren muß, für den sie steht. Auch professionell steht. Nämlich daß es so etwas wie eine Erinnerungskultur geben muß, die eingebettet ist auch in einen politischen Entscheidungskontext.

So, und nun glaube ich, kommen wir genau zu den Punkten, die Sie angesprochen haben. Da hätte ich dann noch zwei Fragen gerne an Herrn Dr. Knigge auf der einen Seite und Siegfried Vergin auf der anderen Seite nämlich, was Sie uns für einen Rat geben, genau den Teil der Kolleginnen und Kollegen in diesen Entscheidungsprozeß mitzunehmen, die nachher dann am Ende im Deutschen Bundestag mit uns gemeinsam entscheiden. Mitzunehmen auf diesen sehr, sehr schwierigen Weg, in diesen Prozeß von dem Jürgen Habermas gesagt hat, wir sollten so etwas formulieren wie einen antitotalitären Konsens, der auf dem Hintergrund zweier Diktaturen neu zu formulieren sei. Dieser Konsens kann uns dann die Begriffskriterien anbieten, aufgrund derer wir nachher, Ende Juni, so hoffen wir, spätestens entscheiden werden.

Das ist der erste Punkt, und der zweite ist: Siegfried Vergin hat auf einen schwierigen Wandel des Begriffs „Holocaust“ hingewiesen, und ich finde, das sollte auch zumindestens noch einmal reflektiert werden. Man muß deswegen dabei aufpassen, daß es keine Abspaltung der Prozesse gibt, Siegfried Vergin, weil wir, wenn wir entscheiden werden, eine unterschiedliche Gruppierung von unterschiedlichen Biographien von Bundestagsabgeordneten haben, die nicht nur sich auf bestimmte Übereinstimmungen des historischen Wissens, verlassen können, sondern auch auf unterschiedliche Kontexte ihrer Erfahrungen. Michael Roth z.B., also ein Teil jedenfalls der jungen, haben ganz andere biographische Erfahrungen mit dem Thema Holocaust, als die, die noch zur Erlebnisgeneration gehören. Deswegen würde ich gerne dafür plädieren, daß es eben nicht zu Abspaltungsprozessen kommt, sondern daß wir die Kategorie der Verantwortung für alle Generationen, die sich zu diesem Schrecklichen, was geschehen ist, dem Mord an den europäischen Juden, verhalten sollen. Diese beiden Aspekte, meine ich, sollten miteinander

bedacht werden, und dann möchte ich jedenfalls zum Schluß für mich sagen, daß, was von vielen übereinstimmend genannt worden ist, der Deutsche Bundestag möge doch bitte eine intensive und nachdenkliche Debatte zu diesem Thema führen. Ich glaube da können wir uns alle, ich will nicht sagen uns selbst beruhigen, das wäre sicher nicht gut, aber ich glaube, wir könnten doch zumindest, sagen, daß wir uns das vorgenommen haben und ich bin ganz gewiß, daß der Deutsche Bundestag auch eine wirklich nachdenkliche Debatte an diesem Punkt führen wird und eine wirklich begründete Entscheidung am Ende treffen wird. Eine begründete Entscheidung, die deutlich macht, daß das, was dann entschieden sein wird, eine Neuformulierung der Erinnerungskultur in Deutschland sein wird und davon bin ich fest überzeugt, daß uns das gelingt.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Professor Weisskirchen. Sie sprachen Dr. Knigge und Herrn Vergin direkt an, aber ich würde vorschlagen, daß wir zügig weiter die anderen Wortmeldungen berücksichtigen, denn sonst bleiben wir nicht in unserem von uns gesetzten Zeitrahmen. Als nächstes hat das Wort Frau Dr. Vollmer.

Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen):

Ich würde, ähnlich wie Herr Lammert, erstmal damit anfangen, daß ich auch ein bißchen bedauere, daß wir eine relativ einheitliche Sichtlage bei den Experten haben. Gleichzeitig liegt das in der Form des Themas, was wir uns gewählt haben. Wenn man die Gedenkstätten fragt, dann müssen die Gedenkstätten aus ihrer Sicht auf dieses Projekt gucken. Es wäre trotzdem wünschenswert gewesen, es wäre uns früher aufgefallen, daß man wenigstens einen noch gebraucht hätte bei den Experten, der sozusagen sagt, warum das nicht gegen die Interessen der Gedenkstätten gerichtet ist, was zum Beispiel der Vorschlag des Staatsministers war. Weil ich selber für diese Idee bin, möchte ich jetzt nicht den Experten ersetzen, aber doch bitten, daß sich das jedenfalls ein bißchen in meiner Anfrage an die Experten ausdrücken kann, daß ich diesen fast antagonistischen Widerspruch nicht sehe. Aber natürlich liegen hier Ängste im Raum. Auch Ängste, die ich sehr wohl verstehen kann, und es liegen auch offensichtlich zwischen diesem Projekt „Zentrales Mahnmahl

und eventuell Haus des Erinnerns“ und den anderen Gedenkstätten natürlich auch Konkurrenzen im Raum. Und soweit es diese Konkurrenzen im Bezug auf das Geld gibt, worum der Kampf ja immer sehr hart ist, will ich erstmal sagen, daß ich das natürlich voll und ganz verstehe, aber bezüglich der anderen Konkurrenzen, nämlich die Menschen, um die man werben muß, möchte ich eigentlich eine andere Sicht vertreten.

Ich möchte Sie alle fragen, wieso Sie nicht auch die Chance darin sehen, daß dieser zentrale Ort Ihnen allen hilft, Menschen zu gewinnen. Jetzt nicht nur im Sinne des Busstops, sondern auch im Sinne des Werbens, der Brücke, und das möchte ich ein bißchen weiter ausführen. Es ist ja auch das eigentlich eine Variation des einen Themas, was wir jetzt öfters haben. Auch im Zusammenhang mit der Metropolendebatte, nämlich Zentralismus und Föderalismus. Es ist richtig, gerade aus der westdeutschen Geschichte, daß die Gedenkstätten fast alle aus dem Bürgerengagement gekommen sind. Und daß es eine ganze Zeit lang also eine Unterversorgung gegeben hat. Nicht nur von der Zentrale, sondern ich würde die These vertreten, Gedenkstätten vor Ort müssen immer von diesem Bürgerengagement getragen sein und ihre Recourcen erkämpfen. Das ist so. Das liegt in der Sache selbst und ich glaube, daß Sie auch auf Dauer nie sich werden halten können, wenn Sie sozusagen auf zentrale Töpfe gucken. Ich glaube, man muß sich seinen Platz in dieser Region, weil damit verbindet sich auch die Geschichte, erkämpfen, das heißt also Ihre Hauptadresse wird meiner Einschätzung nach außer der Möglichkeit einer Stiftung, die aber auch eher über die Idee des bürgerschaftlichen Engagements geht, auf der Länderebene liegen. Was diesen zentralen Ort aber betrifft, so glaube ich, daß wir da genau an die Stelle kommen, zu sagen - und das war doch auch die Grundidee der Initiative - gerade im Zusammenhang mit der Hauptstadt Berlin, gerade im Zusammenhang mit dem der neu entstehenden Mitte hier ist das ein ganz besonderes Ausrufungszeichen an diesem Ort, daß die Leute, nun sage ich mal, die auch beiläufig vorbeikommen, an diesem fundamentalen Datum und dieser fundamentalen Erinnerung in der deutschen Vergangenheit nicht vorbeikommen können. Das heißt, man wirbt nicht um die, die schon lange eingestiegen sind in das Thema, die sich das selber als Geschichte ihres Ortes erkämpft haben, sondern man wirbt sozusagen um den Metropolenbesucher, man wirbt auch um den Flaneur, man wirbt auch und sagt,

wenn Du die Zentrale dieses Landes und dieser Hauptstadt besuchst, kommst Du an diesem Thema nicht vorbei und dann ist der Busstop, der sagt, nun habe ich Dich Besucher erwischt und jetzt bringe ich Dich gleich zur Topographie des Terrors usw., das rechnet mit dem Besucher, den wir in 50 Jahren haben werden. Oder in 60 Jahren haben werden. Das rechnet auch nicht mit den jungen Leuten.

Zweiter Punkt: Was mir immer wieder auffällt ist, daß Sie immer von dem Museum sprechen. Bei diesem Haus der Erinnerung. Wenn ich den Staatsminister richtig verstanden habe, hat er von einer Bücherwand gesprochen, also von dieser Bibliothek bzw. von dem Archiv und hat das konkretisiert mit dem Archiv von Arolsen. Arolsen ist nun wirklich bekanntermaßen sehr weit weg. Ich habe dieses Moment der Bücherwand und, das war auch meine Kritik an dem Vorschlag von Naumann, immer als zu mißverständlich, als zu pädagogische Anwendung verstanden. Für mich war das Moment der Bücherwand selbst Teil eines Mahnmals, nämlich es ist alles aufgeschrieben. Das war auch für mich eine Antwort auf die ganzen Debatten, die wir gehabt haben, Auschwitz zu leugnen, das Faktum zu leugnen, es zu relativieren. Dieses „es ist alles aufgeschrieben, es wird alles dokumentiert, es kann nicht mehr ausgelöscht werden“, ist finde ich, mehr als eine pädagogische Anwendung. Also es ist selbst Teil dessen, was Mahnmalcharakter hat. Dann ist es aber so nicht Konkurrenz zu den anderen Museen. Ob man das dann hinkriegt, ist dann noch eine andere Geschichte und die größten Bedenken, die ich im Bezug auf die Realisierung hab in dem Fall, sind dann auch wirklich diese Kostenfragen. Aber daß es etwas anderes ist, finde ich, sollte man zunächst erstmal registrieren. Dann noch einmal, was mir gerade bei dem Beitrag von Herrn Tuchel aufgefallen ist: Es wird sehr häufig gerade in dieser Debatte und gerade, wenn man nun Bundestagsabgeordnete zu packen kriegt, also mit großer Eindringlichkeit an uns appelliert, daß wir nun endlich diese Erinnerungsarbeit auch leisten sollen. Ich wollte nur sagen, ich bin selber seit 15 Jahren an diesen Debatten im Deutschen Bundestag beteiligt, und manchmal wünschte ich mir dann auch bei den Experten, daß sie das auch mal ein bißchen zur Kenntnis nehmen, was auf der Ebene Bundestag in dieser Hinsicht schon passiert ist. Also wir müssen alle glaube ich, stärker wegkommen von diesem Gestus der Spezialisten, die die Opferrepräsentation zu leisten haben, gegenüber den anderen, die alle Ignoranten sind. In 50 Jahren wird das klarer sein, und es wird auch heute schon immer klarer, daß nur noch wenige, nämlich die wenigen Überlebenden

eigentlich das Recht auf dieses Pattern und diesen Gestus haben und daß wir sonst alle die Adressaten sind. Mit mehr oder weniger Erfolg, aber immerhin auch in der Frage der Entschädigung und daß als eine, die es immer als ungenügend empfunden hat, aber es hat Milliarden Leistungen auch in diesen letzten 15 Jahren in Bezug auf Opfergruppen gegeben, die sonst der Vergessenheit anheim gefallen wären. Das reicht nicht aus, aber nehmen Sie es ein kleines bißchen auch mit zur Kenntnis. Je länger das dauert, werde ich manchmal da auch ein bißchen sensibel an dieser Stelle.

Wichtig finde ich aber, was Herr Jahn gesagt hat in Bezug auf den Völkermord, den es auch und zwar auf der Basis der antislawischen Ressentiments gegeben hat. Ich glaube, daß das gerade im Moment etwas ist, was wir in den aktuellen Ereignissen noch viel schärfer uns in Erinnerung rufen sollen. Also mir selbst, die ich mich ja viel mit der Geschichte und ihren kulturellen Erblasten beschäftigt habe, ist es relativ spät aufgefallen, daß Hitler z.B. viel eher antislawische Ressentiments grandiosen Ausmaßes hatte, als antisemitische. Das ist bei ihm hinzugekommen hinterher. Das ist jetzt kein Vergleich, sondern das ist etwas, was dazukommt. Aber es gab dieses antislawische Moment, und das hat sich auch in Völkermordrelation ausgewirkt und ich finde, das ist wichtig, das zu registrieren. Das heißt der Untermensch hatte verschiedene Variationen für den Nationalsozialismus, und das gehört zu den Fragen, die wir, wenn wir die Erinnerungsarbeit vertiefen und wenn wir sie ausweiten wollen, zur Kenntnis nehmen müssen. Und die letzte Frage, die glaube ich Herr Naumann auch gestellt hat im Bezug auf das Mahnmal und die ein Motiv war, warum er gesagt hat, man muß ergänzen, war nicht nur das, wie sprechen wir spätere Generationen an, die dieses Wissen nicht mehr haben, wie erfassen wir diejenigen, die durch das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas nicht erfaßt sind, sondern es war das, daß er gesagt hat, welchen Wahrheitsgehalt hat eigentlich moderne Kunst? Oder Kunst überhaupt? Also Zeichen, die aus sich selbst herausprechen. Das soll sie sein und das ist sie auch im Idealfall. Aber ob es da nicht eine Begrenzung gibt, eine Mißdeutbarkeit. Auch eine bequeme emotionale sentimentale Mißdeutbarkeit von Mahnmalen. Das finde ich, ist eine offene Frage. Die kann man allerdings nicht durch pädagogische Nachbesserung, sondern eigentlich nur durch die Kunst selbst beantworten. Und an dieser Stelle will ich sagen, es erscheint jetzt anders, aber, wenn Herr Lammert sagt, man wird im Laufe der Debatte immer

unsicherer, dann geht mir das schon auch so. Letztendlich bleibt im Bezug auf das reine Mahnmal der Wirklichkeitsbeweis, ob es das erreichen kann, was wir wollen, erst wenn man es praktisch sieht. Das kann man auch an der modernen Kunst hier im Reichstag sehen. Ich will das doch nicht gegen jemand sagen, sondern für alle und für uns alle aber auch ein bißchen zur Entschuldigung, daß wir nun das einigermaßen Menschenmögliche versuchen zu tun und eine einigermaßen verantwortliche Entscheidung versuchen zu fällen, aber daß ich selber die Sorge teile, daß es gerade mit Mitteln der modernen Kunst eher nur noch begrenzter möglich ist. Also auch diese Inhalte mit zu vermitteln, als es vielleicht traditioneller Weise möglich war, das ist nur eine persönliche Einschätzung. Trotzdem will ich sagen, wenn es zu dieser Entscheidung kommt, ich sehe das so, daß es auf die wahrscheinlich hinausläuft, könnte ich auf jeden Fall damit leben und dieses notwendige Ergänzen, diese Brückenfunktion zu den authentischen Orten des Schreckens, glaube ich, kann man ergänzen. Also diese beiden Varianten stehen nicht antagonistisch gegeneinander.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Frau Dr. Vollmer. Als nächstes Frau Wolf.

Hanna Wolf (SPD):

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, also ich kann nur im Gegensatz zu Frau Vollmer sagen, eigentlich für mich hat sich sehr vieles geklärt jetzt bei dieser Diskussion, heute gerade wieder. Eins finde ich, hat Herr Dr. Naumann schon erreicht, daß die Diskussion nämlich erstmal in Gang kam. Für mich war das ganz wichtig im parlamentarischen Bereich, daß hier - gerade weil hier zwei Konzepte stehen - auch von Ihrer Seite her jetzt für mich doch ein sehr starker Klärungsprozeß eingetreten ist. Das hat aber natürlich auch Gefahren. Wir haben uns hier nun ausführlich damit befassen können. Wenn ich aber mit Kolleginnen und Kollegen sprechen, da ist wirklich eine solche Diskrepanz, daß ich jetzt ein bißchen Sorge habe, diese werden wir nämlich sonst im Parlament wiederholen müssen als offene parlamentarische Abende, um die Entscheidung tatsächlich wirklich fundierter

finden zu können, als wenn wir nun durch eine Debatte hier praktisch dann die Richtung, wo wir die Entscheidung sehen wollen, füllen müssen.

Insofern müßte darüber noch nachgedacht werden, wie jetzt dieser lange Diskussionsprozeß dann sich auch auf 600 andere Kolleginnen und Kollegen und noch mehr, daß sie sie mit rein nimmt und sich jetzt nicht dann doch ergibt, ich schlage mich auf die eine oder andere Seite, was wäre mir sympathischer oder zu wem habe ich mehr Vertrauen oder polarisiert es sich zwischen den Fraktionen, was auch nicht ganz so edel ist bei diesem Thema. Wir sollten uns da auch nichts vormachen.

Dies nur als meine Vorbemerkung aus dem Ablauf dieser letzten Wochen. Heute ist natürlich zum zweiten Mal genau das geschehen, was vielleicht andere Abgeordnete irritiert. Daß hier doch ein zum Schluß eine einzige Entscheidung nur noch übrig bleibt, nämlich daß das ein rein künstlerisches Mahnmal, also ein Kunstwerk, diese Aufgabe erfüllen soll. Deswegen versuche ich jetzt einmal zwei Fragen, eine an Herrn Professor Rürup, weil mich etwas irritiert hat. Ich denke, bisher war die Diskussion, es ist ein Mahnmal, ein Denkmal für die ermordeten Juden. Sie haben aber gesagt, es soll an die Verbrechen der Deutschen erinnern. Dann wäre es nicht logisch finde ich, daß die Gedenkstätten in dieses Konzept mit hinein gehören. Sie sind doch der Ort des Verbrechens und natürlich auch des Erinnerns. Insofern wäre das doch, das Mahnmal erinnert an die ermordeten Juden und führt hin zu den Orten der Tat, zu den Tätern, die in Berlin deswegen auch in diese Dichte haben. Insofern würde ich Sie bitten, das nochmal darzulegen, warum Sie das anders benennen, oder den Sinn anders bezeichnet haben. Und dann bin ich jetzt unsicher, wenn ich jetzt frage, aber ich versuche es mal mit Herrn Dr. Knigge und Herrn Professor Faulenbach. Wenn ich eine einzige Form, nämlich die künstlerische nehme, die sich für mich schon auch sehr erschließt, durch die Ergänzung der Gedenkstätten, dann ist doch das Risiko wer versteht das Kunstwerk? Kann es überhaupt seine Aufgabe erfüllen, das ist auch was Herr Dr. Naumann sagt, das Kunstwerk, schafft es das oder ist es nicht auch eine Überforderung. Also muß nun etwas sein, was so eindrucksvoll auf jeden Fall wirkt, egal auf welche Generationen, daß es zum Nachfragen führt. Und ist das möglich? Ich habe jetzt aber herausgehört, daß Sie eigentlich alle letztendlich die Ergänzung durch einen Zubau der hinführt auf die

authentischen Orte, doch mehr oder weniger jetzt mit hineindenken. Also hat sich da auch etwas gewandelt. Von allein künstlerischen Darstellungen. Daß es vielleicht doch nicht ausreicht, insofern würde ich gern noch einmal hören, wie Sie das sehen, auch wenn das Künstlerische, das Kunstwerk, es dann nicht erreicht. Ist dieses Risiko groß, oder ist es aus Ihren Augen weniger groß? Auf jeden Fall eine bessere Lösung als nun doch das Haus des Erinnerns dazu zu tun, wobei ich auch der Meinung bin, es darf das Mahnmal nicht reduzieren in der Wirkung. Das ist aber eine Frage der Entscheidung, deswegen war es wahrscheinlich falsch, daß der Eisenman nun einfach ganz schnell einen Entwurf gebracht hat, in dem das Mahnmal aufgenommen wurde. Das war meiner Meinung nach wirklich falsch, und es war auch nur ein ganz schnelles Angebot, und das hat eigentlich der Sache sehr geschadet. Das hätte ich wirklich als Idee entstehen lassen, aber nicht durch ein Modell nur in den Raum gesetzt, weil ich glaube, damit ist die Idee auch schwieriger zu vermitteln. Jetzt versuche ich mal das als Fragen Ihnen hier zu geben.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Frau Wolf. Dies war eine Vielzahl von Fragen, vor allem: Wie sensibilisieren wir unsere Kolleginnen und Kollegen? Es ist wichtig, daß zum Zeitpunkt der Abstimmung Sachkompetenz und Entscheidungskompetenz sehr nah beieinander liegen, und wir als Ausschuß arbeiten daran. Als nächstes hat das Wort Professor Fink.

Professor Dr. Heinrich Fink (PDS):

Ich finde diese Anhörung sehr befreiend. Deswegen, weil nicht nur an dem Ort, an dem die Ideen entstanden sind, also z.B. die Idee des Holocaust-Mahnmals, sondern auch an der gewachsenen Kultur plötzlich Anteil genommen wird. Denn es ist weitgehend bei vielen Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsabgeordneten so, daß sie Berlin einfach nicht kennen und wir haben weitgehend immer wieder versucht, die Gedenkorte in Erinnerung zu bringen, und auch in Berlin sind die Gedenkorte ja von den entsprechen Topoi des Todes entwickelt worden. Von daher scheint mir eine Hilfe zu sein, es ist ein Vorschlag und ich frage also die entsprechenden Experten, ob man das nicht machen müßte. Wir haben also die

Modelle der Künstler in Bonn in der Lobby gesehen und die Modelle wirken natürlich als Modelle einzeln. Aber wir haben jetzt hier eine Interdependenz mit den Orten der Erinnerung hergestellt, also mit den Museen und den Gedenkstätten, ob man nicht den Mitgliedern des Bundestages einfach so eine Art Geographie, eine Karte, deutlich machen müßte, wo das alles aufgezeichnet ist, damit sie sich auch das mal deutlich machen können. Oder auch ein Angebot, daß man eine Rundfahrt macht, um dann zu sehen, daß die entsprechende Gedenkstätten auch ihre entsprechenden Beziehungen zu diesem Holocaust-Mahnmal haben. Ich bin auch sehr dankbar, daß die entsprechenden Leiter der Gedenkstätten nochmal auch auf die entsprechenden Opfergruppen hingewiesen haben und die Interdependenz dabei deutlich gemacht haben in Berlin. Also wäre es nicht an der Zeit, jetzt die Kolleginnen und Kollegen des Bundestages zu einer Rundfahrt einzuladen. Zumindest eine entsprechende Geographie der Umgebung anzubieten?

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank für den Hinweis. Sie wissen, Professor Fink, daß wir noch vor der Debatte eine Broschüre verteilen werden. Wir werden die Anhörung im Wortlaut nochmal jedem Abgeordneten zur Kenntnis geben. Ansonsten bin ich für das Prinzip der Mündigkeit. Jeder weiß, wo die entsprechenden Stätten sind, und ich bin sicher, daß viele im Laufe ihrer eigenen Biographie an diesen Orten waren.

Professor Dr. Fink (PDS):

Zur Mündigkeit kann natürlich auch eine Entscheidungshilfe dienen.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Aber gerne kann die PDS einen Bus organisieren. Wir werden nur nicht dazu einladen. Als nächstes hat das Wort Michael Roth.

Michael Roth (SPD):

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wenn ich nicht wüßte, daß es auch Experten und Repräsentanten von Gedenkstätten gibt, die schon eine Chance sehen, ein Mahnmal verknüpft mit einem Haus der Erinnerung auch als partnerschaftliches Projekt mit den Gedenkstätten zu sehen, dann wäre ich jetzt nach Ihren Aussagen schon sehr erschüttert. Ich will mich auch gern dem anschließen, was Herr Lammert eben sagt, indem er von einer Reihe von Übertreibungen sprach, die hier auch mal etwas deutlicher zum Ausdruck bringen möchte.

Also ich sage das ohne den Hintergrund, wie das viele verdienstvolle Kolleginnen und Kollegen schon seit Jahren machen, 15 Jahre, 10 Jahre, teilweise noch länger, an diesem Thema, das hat auch ein bißchen etwas mit meiner Biographie, mit meinem Alter zu tun, aber ich denke mir, ich will den Respekt nicht schmälern, den ich gegenüber all denjenigen habe, die versuchen in einer schwierigen Materie aktiv zu sein und vor allem auch für zukünftige Generationen etwas zu bewahren, was ich für absolut bewahrenswürdig erachte. Aber wenn man von einem künstlich-authentischen Ort spricht, Herr Knigge, also damit bezeichnen Sie wohl das sogenannte „Haus der Erinnerung“, dann möchte ich Sie doch einmal fragen Herr Knigge, was ist denn ein künstlich-authentischer Ort? Hier soll doch kein Konzentrationslager oder sonst irgend etwas nachgebaut werden, sondern hier wird der Versuch unternommen, eine Brücke zu schlagen. Nicht nur zwischen dem Mahnmal und irgend etwas anderem, Topographie des Terrors, sondern direkt an diesem Ort eine Brücke zu schlagen zwischen dem, was vergangen ist und dem, was Gegenwart ausmacht und sicherlich auch eine Brücke zu schlagen zwischen dem, was bestimmte Generationen noch selbst erlebt haben und was Generationen nicht mehr am eigenen Leib, glücklicherweise nicht am eigenen Leib erlebt haben und wo auch schon die Zeitzeugen fehlen, um dies zu vermitteln. Herr Faulenbach, als wirklich hochgeschätztes Mitglied der historischen Kommission, ich empfinde es als Beleidigung, wenn Sie von einer Sprengung der Gedenkstättenkultur sprechen, nur weil es nicht nur innerhalb des Deutschen Bundestages, sondern auch innerhalb der Bevölkerung, innerhalb unseres Landes Menschen gibt, die sagen, daß ein rein ästhetisches Konzept nicht ausreicht, um sich diesem zentralen Thema unseres Landes, Europas, zu widmen, nämlich an den Holocaust zu erinnern und die Frage des „Warum“ zu stellen. Und ich will keine Gedenkstättenkultur zersprengen, Herr

Faulenbach, und das will auch sonst niemand. Ich glaube auch niemand, der hier sich in diesem Raum befindet, denn für uns gibt es auch eine *conditio sine qua non*, und das will ich auch mal deutlich sagen, und es kommt auch z.B. in dem Antragsentwurf zum Ausdruck, den ich und einige andere unterstützen. Es ist ein Antragsentwurf, der wird Ihnen demnächst sicherlich auch zugehen. Es ist kein Geheimpapier. Darin wird deutlich darauf hingewiesen, daß wir uns gerade für die jüngere Generationen und gerade für junge ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen wichtig ist, daß die Gedenkstätten, die authentischen Orte des Terrors, daß die bewahrt werden, daß die finanziell so ausgestattet werden, daß sie auch noch für zukünftige Generationen erhalten bleiben können, und Herr Faulenbach und alle anderen Repräsentanten der Gedenkstätten, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, daß es hier kein ausschließendes Moment gibt.

Meine zentrale Frage ist die, ob Sie nicht doch eine Partnerschaft sehen zwischen Mahnmal/Haus der Erinnerung und Ihren Gedenkstätten und eine zweite Frage, die ich habe, die mich sehr umtreibt, die viele Kolleginnen und Kollegen umtreibt, ist, wie können wir der anderen Opfergruppen gedenken? Denn das, was auch Frau Roth immer wieder zum Ausdruck bringt und was ich ihr auch voll abnehme, aber woran ich nicht glaube, ist, daß wir jetzt Stück für Stück für jeder Opfergruppe ein Denkmal setzen. Also ich will nicht in die Zukunft blicken, aber ich halte das für unrealistisch. Und inwieweit kann man diesen Opfergruppen auch ein Denkmal setzen? Ohne vielleicht jetzt die nächsten Jahre Stück für Stück ein Denkmal zu entwickeln, weil ich es für unrealistisch halte und auch das könnte vielleicht ein Aspekt für ein Haus des Erinnerns sein, daß man auch auf andere Opfergruppen hinweist, ohne das im Zentrum stehende Mahnmal für die ermordeten Juden Europas zu schmälern. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank Herr Roth. Ich muß erläuternd sagen, daß wir uns als Ausschuß nicht einfach hinsetzen und eine Liste derer zusammenstellen, die wir einladen wollen, sondern das wird sehr demokratisch mit allen Obleuten besprochen, und sie hätten auch die Gelegenheit gehabt, das mit einzubringen. Als nächstes hat das Wort Frau Krüger-Leißner.

Angelika Krüger-Leißner (SPD):

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir müssen allen, die heute hier zu uns gekommen sind und als Experten, gesprochen haben, unseren Dank aussprechen weil sie eine ganz klare und ehrliche Position hier wiedergegeben haben. Ich möchte einige Fragen stellen an einige Vertreter vor allen Dingen der Gedenkstätten.

Ich bin im Bundestag neu, in der 14. Legislaturperiode hier eingetreten. Und die Arbeit, auf die wir sehr erfolgreich zurückschauen können, möchte ich fortsetzen. Dafür gehört für mich dieser Abschlußbericht der Enquête-Kommission. Es ist eine sehr wertvolle Arbeit, auf der ich fußen kann und wo ich also auch eine Verpflichtung sehe, die Handlungsfelder, die dort aufgewiesen werden auch umzusetzen. Mitzuhelfen, daß sie umgesetzt werden. Und insofern möchte ich nochmal kurz auf dieses Papier zurückkommen.

Als neuer Teil der demokratischen Erinnerungskultur ist dort das Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit aufgenommen worden. Es soll ein Teil dessen werden, und meine Frage geht jetzt an Herrn Dr. Morsch und an Herrn Dr. Knigge, wie kann es uns gelingen, diese neue Denkmal zu verknüpfen mit den bedeutenden Stätten der demokratischen Erinnerungskultur, und wir haben uns vorgenommen, diese zu festigen als Teil unserer Kulturlandschaft. Da stimme ich vollkommen auch mit der Meinung von Herr Faulenbach überein. Wie können wir es schaffen, diese Stätte zu verknüpfen und mein Kollege Michael Roth hat ja begründet, daß für ihn ein Mahnmal alleine nicht ausreichen würde, sondern daß es gerade aus der Sicht der jüngeren Generation und aus Sorge um das Vergessen notwendig ist, hier an diesem Standort des Mahnmals auch gleichzeitig ein Haus der Erinnerung zu gestalten, das Wissensvermittlung bringen soll, Forschungsarbeit bringen soll. Also ein lebendiger Ort werden soll der Auseinandersetzung. Sind nicht aber die Gedenkstätten auch so wie sie angelegt sind, in ihrer Aufgabenwahrnehmung lebendige Orte des Erinnerns und ist nicht auch in der Enquête-Kommission herausgearbeitet worden, daß gerade da ein Großteil der gesamtdeutschen Verantwortung liegt, diese Stätten zu erhalten und weiter zu fördern? Und ich glaube, daß es uns in Ostdeutschland gut gelungen ist, mit der bisherigen Förderung des Bundes dieser Aufgabe nachzukommen. Ganz besonders in Buchenwald, aber auch in Sachsenhausen. Aber es ist noch viel zu tun.

Wir sind dort erst auf dem Weg, und es ist auch, ich erinnere daran, daß der Ministerpräsident Brandenburgs, Manfred Stolpe, gerade in den letzten Tagen erinnert hat, mit Bedacht und mit Besinnung auch die neue Entscheidung zu treffen mit dem Blick, was wir bereits haben. Und ich möchte, daß beides miteinander verknüpft wird. Daß es uns gelingt, beides gut auch für die nächste Generation und weitere Generationen zu gestalten.

Ich habe da noch eine Frage an Herrn Professor Rürup und Herrn Professor Faulenbach. Es wurde schon mehrmals gesagt, daß wir in Deutschland eine besondere Form des Erinnerns haben. Weil wir das Land der Täter sind, aber auch der Opfer. Verlangt das vielleicht mehr zu schaffen, als wir in der bisherigen Diskussion erlaubt haben? Verlangt das vielleicht ein Denkmal und ein Haus des Erinnerns? Und dann habe ich noch eine ganz simple Frage vielleicht an den Vertreter des Senats. Wir sind bisher immer davon ausgegangen, daß diese gesamtdeutsche Aufgabe vom Bund gemeinsam mit den Ländern getragen wird. Letztendlich auch finanziell und irgendwann muß man auch auf die Finanzen zu sprechen kommen. Ich glaube daß, egal, in welcher Form das neue Mahnmal eingeordnet wird, ob es ihrem Vorschlag entsprechend unter die Verantwortung der Topographie des Terrors gestellt werden soll oder ob eine neue Stiftung dafür gegründet werden soll. Wie sehen Sie Ihre Verantwortung als Land Berlin, wenn es ein Mahnmal und ein Haus des Erinnerns wird? Hat Berlin auch die Kraft, das mit zu gestalten? Auch finanziell. Und den Willen und die Kraft.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen zu verzeichnen. Bevor ich Frau Rosh das Wort erteile, möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir spätestens um 12.45 Uhr schließen, weil die Kolleginnen und Kollegen zum Flughafen müssen. Wir setzen heute mit Fraktionssitzungen unsere Arbeit in Bonn fort, und deshalb weise ich darauf nochmals hin. Desweiteren sollten wir auch auf Schlußstatements der Experten verzichten. Zuletzt sollte Dr. Kniige, als Leiter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten sprechen. Zunächst aber Frau Rosh.

Lea Rosh, Vorsitzende der Initiative die Errichtung eines Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.:

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe nur fünf Anmerkungen. Erstens: Ich bin Herrn Vergin außerordentlich dankbar, daß er nochmal auf die Colloquien hingewiesen hat. Mir ist klar, daß das eine Diskussion war, die nicht alle, vor allen Dingen nicht die jüngeren oder die neuen in den Bundestag gesandten Abgeordneten so verfolgt haben wie wir, die wir hier an Ort und Stelle waren. Aber hier ist immer im ersten Colloquium übereinstimmend, nicht einstimmig, das gibt es gar nicht, ist übereinstimmend festgehalten worden und diskutiert worden, weshalb es ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein soll und nicht das Denkmal für alle Opfergruppen.

Ich will noch einmal verweisen auf ein Buch, das Frau Heimrod zusammen, gemeinsam mit Herrn Schlusche herausgeben wird. Es ist eine 1.000seitige Dokumentation der gesamten Diskussion dazu, also nicht ausgewählte Beiträge, sondern so ziemlich die gesamte Diskussion. Da kann man das noch einmal nachlesen. Man wird auch hoffentlich in diesem Buch nachlesen können, daß in den einzelnen Stadien der Diskussion zu diesem Thema „Denkmal für die ermordeten Juden“ immer wieder festgehalten worden ist, daß die Opfergruppen, die Euthanasieopfer, die Sinti und Roma und die anderen Opfergruppen ein eigenes Gedenken bekommen sollen. Es war bereits 1994 von dem damaligen Innenminister Seiders, Edzard Reuter und mir zugesagt worden, damals ging es um das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma. Und wenn ich höre, daß Geld keine Rolle spielt in diesem Zusammenhang und wenn es hier zur Diskussion steht, daß das Haus des Erinnerns 90 bis 100 oder 150 Millionen Mark kosten soll und kosten wird und kosten kann, dann kann es eigentlich nicht so schwer sein, wenn man diesen Etat hätte oder hat, für die anderen Opfergruppen auch ein eigenes Gedenken zu errichten. Wir haben das häufig genug begründet, weshalb wir das für richtig finden, weil wir sagen, ich will das sehr verkürzen jetzt, jede Opfergruppe hat eine Leidens- und Todesgeschichte und die darzustellen erfordert ein eigenes Gedenken. Also wenn Geld da ist, dann soll man das dafür nehmen und die jahrelangen Versprechungen auch einlösen. Es ist immer wieder versprochen worden, die Opfergruppen bekommen ein eigenes Gedenken. Wir haben immer gesagt, der Vollzug von 2.000

Jahren Antisemitismus durch Deutsche muß und darf ein eigenes Gedenken haben und das war unsere Begründung für das Denkmal für die ermordeten Juden. Wir haben nicht gesprochen von einem alles umfassenden Holocaust-Denkmal. Wohlwissend, daß der Holocaust die Ermordung von anderen Opfergruppen natürlich bis hin zu den sogenannten slawischen Untermenschen in Polen und in der Sowjetunion beinhaltet. Also wenn wir an dieser Absicht festhalten, dann dreht es sich hier um ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Aber noch einmal gesagt, die anderen Opfergruppen verdienen und müssen bekommen ein eigenes Gedenken.

Wenn wir sprechen über das Haus des Gedenkens, dann möchte ich aus der Aufgabenbeschreibung der ersten beiden Stufen, ich ziehe das Wort zusammen, des Wettbewerbs kurz zitieren, weil sich dann im Grunde erübrigt worüber wir heute reden. Wir haben damals gesagt und das war eine Abstimmung von Bund, Land Berlin und Förderkreis, ich zitiere wörtlich: „Es ist wichtig, das Denkmal nicht mit vielen Aufgaben zu belasten, die eine überzeugende Entwurfslösung eher behindern würden. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas kann und soll z.B. nicht die Aufgaben einer Gedenkstätte wahrnehmen, sondern soll die vorhandenen Gedenkstätten an historischen Orten der NS-Verbrechen ergänzen und ihnen zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen. Gegenüber der Informations- und Dokumentationsaufgabe einer Gedenkstätte richten sich das Denkmal und der Ort der Erinnerung an die kontemplative und emotionale Empfänglichkeit des Besuchers.“ Das heißt, hier ist eine ganz klare Trennung zwischen der Aufgabe eines Denkmals für die ermordeten Juden und den Gedenkstätten wahrgenommen worden, festgeschrieben worden, und wir haben gesagt, darüber war dann auch eigentlich Klarheit mit den Entwerfern der vier sogenannten „Finalisten“, also derer, die in der Endrunde waren, daß natürlich ein solches Denkmal für die ermordeten Juden Hinweise bringen müsse auf die Orte hier in Berlin und auf die Gedenkorte z.B. in Brandenburg. Aber bitte sehr auch auf die sechs auf polnischem Boden befindlichen Orte, wo der Mord an den Juden in Gaswagen und Gaskammern denn eben wirklich stattfand.

Wenn wir diese Aufgabenbeschreibung ernst nehmen und was sollen wir denn sonst machen, dann würde das bedeuten, daß alles, was darüber hinaus geht, einen

neuen europaweit ausgeschriebenen Wettbewerb erfordert. Wir müssen einfach wissen, daß wenn der Bundestag zu einem solchen Ergebnis kommen sollte, was wir nicht hoffen, dann heißt daß, das ganze Verfahren von vorne beginnen. Mit sehr viel Zeit und mit sehr viel Geld und ich weiß wirklich nicht, oder anders herum: Ich will nicht Cassandra hier spielen, aber ich sage Ihnen voraus, daß wir das Denkmal dann nicht errichten werden. Daß heißt, wenn es eine solche Entscheidung geben sollte, sei sie „Eisenman III“, sage ich in Anführung, oder Richard Schröder, erfordert dies nach allen Regeln, die man in juristischen Gutachten, die erstellt wurden, nachlesen kann, einen neuen Wettbewerb und zwar EU-weit ausgeschrieben. Nicht das, was wir damals hatten, deutschlandweit ausgeschrieben, also deutsche Staatsangehörigkeit war damals erforderlich, sondern dieses müßte EU-weit ausgeschrieben werden. Und danke schön, was das kostet und wieviel Zeit das kostet. Nämlich dieses Haus des Erinnerns, das ist keine kleine Hütte. Das ist ein sehr großes Haus, was diese Aufgaben wahrnimmt. Das haben wir doch von allen Gedenkstättenleitern und -leiterinnen gehört, die bereits wahrgenommen werden. Das ist auch, lieber Herr Roth, die Antwort auf Ihre Frage. Das wird wahrgenommen in diesen Institutionen und 700 Meter Fußweg wird man doch wohl bis zur Topographie des Terrors zurücklegen können, um sich dort zu informieren. Wenn wir von einer Bücherwand für 1 Million Bücher reden, wir wissen alle, es gibt über den Holocaust weltweit höchstens 60.000 Titel Bücher, und selbst wenn man sie dann noch in mehreren Sprachen hat. Also eine Bücherwand für 1 Million Bücher ist obsolet. Aber in der Topographie des Terrors gibt es bereits dann eine Bibliothek mit 35.000 Büchern und ich sage, so unwissend kann kein junger Mensch sein, der auf dieses Denkmalsgelände kommt, um nicht nachzulesen, geht in die Topographie da habt ihr das und das. Wir haben auch gar nichts gegen einen Erklärungspavillion, aber man muß die Phantasie heute aufbringen sich vorzustellen, daß dieser Neubau, von dem Herr Rürup sprach, dann stehen wird. Der wird im Jahre 2000 fertig sein und wenn ich in der vorigen Anhörung des Kulturausschusses höre von Herrn Naumann, die Topographie gibt es noch nicht, dann sage ich, im Jahre 2000 gibt es dieses Gebäude. Das ist kein kleines Gebäude. Das wird ein großes, also ich meine sehr funktional bestimmtes Gebäude werden, was viele Aufgaben erfüllt, Herr Roth, was hier in diesem Haus des Erinnerns zusätzlich geplant ist. Also vielleicht muß Herr Rürup da noch einmal klarer machen, was alleine in diesem Gebäude an Einrichtung, Vortragssaal, Diskussionsräumen, Bibliotheken usw. vorhanden ist. Das

heißt also: soviel Geld haben wir nicht, daß wir alles doppelt und dreifach machen können und sollen. Ganz abgesehen davon, daß bei diesem Haus, was hier Herr Eisenman in den sogenannten Eisenman III-Entwurf geplant hat, daß hier eine Doppelung da ist und eine Verdreifachung, das Denkmal aber auf ein Drittel bis auf ein Viertel des ursprünglichen Entwurfes reduziert ist und daß wir es natürlich nicht unterschreiben können, daß das Denkmal für das wir gekämpft haben und kämpfen seit 11 Jahren, zu einem Appendix eines Gebäudes wird, herabgewürdigt wird, von dem wir außerdem sagen, daß diese Institutionen da sind.

Letzte Anmerkung, liebe Antje Vollmer. Kunst kann wirklich nicht alle befriedigen und kann nicht alles erfüllen. Dieses wissen wir. Wir haben zwei große Wettbewerbe gemacht. Ich sage mal, eigentlich ist weltweit alles abgefragt worden bis auf drei renommierte, internationale herrliche Künstlerinnen und Künstler, die gesagt haben, die Aufgabe ist ihnen zu groß. Das ist respektabel. Das muß man auch hinnehmen. Aber es sind nun alle dabei gewesen, und wenn das das Ergebnis ist, ich sage mal der heutigen Künstlergeneration, dann müssen wir das zur Kenntnis nehmen. Da kann man natürlich immer wieder sagen, in 50 Jahren ist vielleicht etwas anderes da, das ist wahr. Aber wir wollen heute unserer Generation ein solches Denkmal errichten, und dann haben wir auch gar nicht sozusagen die Erwartung, daß wir noch in 100 Jahren die adäquate Antwort liefern. Liefern wir doch endlich mal heute eine.

Letzte Anmerkung: Was erwarten wir vom Bundestag? Wir erwarten nicht von den Bundestagsabgeordneten, daß an die 700 Abgeordnete über Kunst entscheiden sollen. Das war auch nicht sozusagen unser Appell. Nein, ich weiß, daß Sie das nicht vorhaben. Ich sage das nur noch einmal zur Klarstellung dessen, was wir erhofft haben, als wir appelliert haben, übrigens schon 1989, der Bundestag möge entscheiden, damals sind wir nicht ernst genommen worden mit dieser Forderung, jetzt sind wir soweit. Wir begrüßen das sehr. Aber das, was wir erwarten vom Bundestag ist eine politische Entscheidung: Denkmal für die ermordeten Juden ja oder nein. Ich glaube wirklich, daß es eine Überforderung der Abgeordneten wäre, sich hier mit ästhetischen Fragen der Kunst insofern zu befassen, als daraus nachher ein ästhetisches, ein Kunsturteil erwachsen würde. Aber nochmal sage ich, auf der Grundlage der beiden Wettbewerbsstufen eine politische Entscheidung. Dieses würde dann, sage ich jetzt hier an diesem Tisch, die drei Ausloberparteien in die

Lage versetzen zu sagen, wir haben hier vier Arbeiten in der Endrunde und gestern ist nochmal in der Jüdischen Gemeinde, es war eine Gedenkstunde zum Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto, von Herrn Nachama versichert worden, daß Herr Diepgen versichert hat und habe, habe und hat, daß wenn der Bundestag sich entscheidet für ein Denkmal für die ermordeten Juden, daß auch das Land Berlin an dieser Umsetzung sich beteiligt auf der Grundlage des Ergebnisses einer solchen Anhörung und einer solchen Entscheidung der Bundestagsabgeordneten. Ich frage also, wenn der Wettbewerb bisher nicht abgeschlossen werden konnte, weil, ich sage es mal sehr neutral, das Land Berlin jetzt nicht mitgezogen hat: Wir waren bereit und der Bund war bereit. Wenn dieses noch aussteht nach einer Entscheidung des Bundestages sind wir sehr dankbar für eine Entscheidung des Bundestages zum Denkmal und dann muß man sofort sagen, das kann man verknüpfen, die drei Bauherren, ich sage dennoch Auslober, müssen jetzt zu einer Entscheidung kommen, welches Denkmal es sein soll und dann sind wir da, wo wir immer hin wollten.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Frau Rosh. Ich darf nur korrigierend sagen, daß alle Abgeordneten in der Lage wären, auch über ästhetische Fragen abzustimmen, aber wir wollen es nicht - wir wollen keine Verquickung von Ästhetik und Staat. Das ist der Punkt, weshalb wir gesagt haben: nur konzeptionell.

Aber lassen Sie mich - wir begrüßen sonst nicht einzelne Mitglieder des Ausschusses - an dieser Stelle dennoch Frau Professor Süßmuth recht herzlich begrüßen.

Frau Professor Süßmuth, Sie wurden gestern oft an zweiter Stelle, also nach Sir Norman genannt. Wir wissen, daß Sie an die erste Stelle gehören. Wir wissen, daß wir ohne Ihre Fähigkeit zu Kommunikation und Konsensbildung heute nicht hier säßen. Vielen Dank.

Frau Dr. Vollmer hat auf ihre Meldung verzichtet. Dann würde ich vorschlagen, weil sie direkt angesprochen waren - Herr Morsch, Herr Knigge, Herr Rürup, Herr

Faulenbach, Herr Klemke und Herr Vergin und Herr Knigge - daß Sie kurz antworten, so daß wir im Zeitrahmen bleiben. Als nächstes Herr Morsch.

Dr. Morsch:

Leider stelle ich gerade fest, daß Herr Roth, der die Frage gestellt hat, jetzt den Raum verlassen hat. Das ist sehr schade, zumal es so ist: Ich habe ein schriftliches Papier vorgelegt, da ist genau diese Argumentation drin, und ich merke, es ist nicht zur Kenntnis genommen worden. Aber ich will es dennoch noch einmal sagen. Ich halte es für verfehlt zu glauben, man könne durch ein Haus der Erinnerung das Problem, daß der anderen Opfer sozusagen in einem Holocaust-Mahnmal nicht gedacht wird, auffangen. Im Gegenteil, es handelt sich für mich um eine klassische Verschlimmbesserung. Es ist keine Frage, dieses Mahnmal wird ikonographisch versuchen, ob es gelingt oder nicht, das sei dahingestellt, das ist auch subjektive Betrachtungsweise, wird versuchen, dem Mord an den Juden einen Ausdruck zu geben. Man kann da nicht im Huckepackverfahren die anderen Opfergruppen subsummieren. Dieses ist viel schlimmer sozusagen, als an die Singularität, auf der Singularität zu bestehen und zu sagen, man muß dann jeder Opfergruppe entsprechend gedenken. Alles andere ist wirklich, das sage ich Ihnen nach einem Gespräch auch mit den Sachsenhausen-Häftlingen, die vor zwei Tagen Frau Dr. Leonhard auch darauf hingewiesen haben, alles andere wäre eine Beleidigung der anderen Opfer, nämlich daß sozusagen sie sich wirklich unterordnen. Da sind doch andere Ursachenzusammenhänge dieser Morde, die geschehen sind. Euthanasie und Judenmord. Wir wissen, es gibt Zusammenhänge, aber ihre Ursprünge sind durchaus unterschiedliche. Dasselbe gilt für sowjetische Kriegsgefangene, Homosexuelle und politisch Verurteilte. Sie stehen für sich selbst und hier kann man nicht diesen Holocaust-Begriff, der als Metatheorie inzwischen ausgeweitet ist sozusagen darüber setzen. Das ist eine zeitgemäße, heute sehr aktuelle These. Ich habe sie mal mit der Totalitarismusthese oder der Faschismusthese verglichen, aber es ist zweifellos einer Herangehensweise an den Verbrechenskomplex, eine zeithistorisch gebundene, die morgen möglicherweise schon ganz anders sein wird. Es ist eine bestimmte Geschichtsdeutung, die dahinter steckt. Dann, Frau Vollmer, ich bin wirklich überrascht. Sachsenhausen, Ravensbrück haben nicht das Problem, Besucher zu gewinnen. Wir fahren hier nicht durch Berlin und versuchen Besucher

herzukriegen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden überlaufen von hunderttausenden und haben, das ist eben gesagt worden, drei und vier Pädagogen, die auf dem Niveau einer Grundschullehrerfinanzierung versuchen, qualifizierte Bildung zu vermitteln. Versuchen auf diesem Niveau, sozusagen hunderttausende von Besuchern aufzufangen. Es geht nicht darum, hier sozusagen Besucherströme umzuleiten, das ist eine vollkommen falsche Vorstellung und.

Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen):

Darf ich nur zur Richtigstellung? Darum ging es mir überhaupt nicht. Nur die, die nach Sachsenhausen wollen, wollen nach Sachsenhausen, die wollen zu diesem Thema. Aber hier haben Sie Leute, die gar nicht zu diesem Thema wollen, sondern die sich sozusagen beiläufig an diesem Ort finden. Das finde ich eine andere Geschichte.

Dr. Morsch:

Ganz genau. Das Problem ist z.B. wir sehen hier keine Konkurrenz, obwohl wir immer wieder, auch von Herrn Roth jetzt schon wieder, in diese Ecke gestellt werden. Wir sehen nicht die Konkurrenz. Wir sehen, daß der Wandel der Gedenkstätten, der ganz entscheidend damit zusammenhängt, daß die Zeitzeugen nicht mehr existieren, daß der zum Erliegen kommt. Und darin hat, bitte schön, Ihre Rede mich bestärkt wenn Sie sagen, es soll wieder an die Länder gehen. Brandenburg ist das einzige Land, auf dessen Boden es zwei große Konzentrationslager gibt. Dieses Brandenburg ist mit diesen beiden Konzentrationslagerstätten hoffnungslos überfordert. Sie zurückzugeben, wie gesagt an die Länderhoheit, heißt schlichtweg, den begonnenen Sanierungsprozeß, der ja möglicherweise auch 2003 tatsächlich durch den Bund dann beendet werden soll, schlichtweg gegen die Wand zu fahren. Also von daher sind unsere Ängste und das ist jetzt eher bestärkt worden, als daß sie reduziert worden sind.

Ich will noch etwas sagen zur Vernetzung. Ich glaube wirklich, das Hauptproblem ist, und das kann ich gut nachempfinden, daß das Denkmal einfach zuviel bündeln soll. Die Ansprüche, die an dieses Denkmal gestellt werden, sind zu hoch, bitte schön. Es

hat wirklich nur die Aufgabe, ein in dieser neuen, bitte schön in Anführungsstrichen, ich habe schon verstanden, was Herr Thierse gesagt hat und teile das auch, „Berliner Republik“ einfach ein sichtbares, an zentraler Stelle befindliches Zeichen zu setzen. Um mehr geht es nicht. Wir wären schlecht beraten, wenn wir einem Haus der Erinnerung oder diesem Ort, sozusagen die Funktion eines antifaschistischen Durchlauferhitzers aufdiktieren sollten. Das ist in erster Linie Frage des Elternhauses. Das steht noch viel mehr im Vordergrund. Das ist in zweiter Linie Frage der Schulen und der Institutionen der politischen Bildung. Zum dritten, Frage unseres demokratischen Diskurses und gerade auch des Bundestages und dann sind auch die Gedenkstätten Teil dieses Diskurses, und ich habe so ein wenig den Eindruck, als soll dieses nun alles, und das ist das fatale an der Diskussion, verschmolzen werden.

Das Fatale an der Diskussion ist eigentlich, die wir hier sitzen, sind uns im wesentlichen einig, nämlich es geht darum, nicht zu vergessen. Das heißt, was einmal 1989 in Europa befürchtet worden ist, nämlich, daß diese Deutschen, jetzt wo sie die Einheit haben, sagen, Schluß damit wir wollen nach vorne blicken oder - wie Bohrer gesagt hat - weg mit dem Nasenring des Nationalsozialismus. Das ist gar nicht der Fall. Wir haben 10 Jahre eine außerordentlich lebhaftete Debatte geführt, die dazu geführt hat, daß tatsächlich dieser Paradigmenwechsel ein Stück weit bereits begonnen hat und was wir sagen ist doch nur, setzen Sie ihn in der Konsequenz, in der der Deutsche Bundestag und die demokratische deutsche Gesellschaft ihn geführt haben, weiter fort und reflektieren Sie dies nicht alles auf dieses arme Mahnmahl, das tatsächlich nur die Funktion hat, die eben beschrieben worden ist von Frau Rosh und keine andere.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Als nächstes hat das Wort Professor Faulenbach.

Professor Dr. Bernd Faulenbach:

Da war zunächst die Frage der Abgeordneten Hanna Wolf, was kann ein Kunstwerk leisten? Ich hatte ausgeführt, das Kunstwerk kann ein zusätzliches Zeichen sein, es

kann Anstöße ermitteln, aber ich persönlich halte die aufklärerische Funktion eines Kunstwerks für begrenzt, muß ich sagen. Es kann etwas unterstreichen. In der Geschichtskultur des Landes zusätzlich dokumentieren. Es kann etwas sagen über das Selbstverständnis dieser Republik, aber über den Holocaust selbst Aussagen sind nur begrenzt über ein solches Kunstwerk, wie mir scheint, möglich. Die eigentliche Erinnerungsarbeit muß an anderen Stellen über Gedenkstätten, über politische Bildungsarbeit usw. laufen, über Museen usw. Da ist Möglichkeit zur Differenzierung, zu weiteren Informationen usw. da. Also ich sehe gerade eine große Problematik der Diskussion, in der völligen Überforderung eines Kunstwerkes. Das ist hier mehrfach angeklungen. Ich habe das auch gesagt. Ich will das nochmal unterstreichen. Bestimmte Dinge werden hier als Erwartung an dieses Kunstwerk gesetzt, die ein Kunstwerk einfach so nicht leisten kann. Dann war die Frage des Abgeordneten Michael Roth, der nun leider nicht mehr da ist. Tatsächlich befürchte ich, wenn wir ein großes Haus der Erinnerung schaffen, so wie es jetzt sich andeutet, daß dies die Eigendynamik bekommen würde einer zentralistischen Institution, die tatsächlich dann bestimmte Dinge doppelt machen würde, die an anderen Stellen bereits sinnvollerweise auch getan werden. Also insofern würden andere ausdorren, schon alleine aufgrund von Fördermitteln, die darein fließen würden, die würden an anderer Stelle wohl nicht zur Verfügung stehen. Diese Gefahr muß man, glaube ich, tatsächlich sehen. Also auf diesem Hintergrund habe ich diese Formulierung, daß ich da eine Bedrohung dann eben doch sehe dieser Gedenkstättenkultur, formuliert.

Dann war die Frage der Abgeordneten Krüger-Leißner da. In der Tat, das Denkmal steht nicht für sich allein. Es steht immer in der Verbindung mit einer anderen Kultur. Nur die Kultur muß nicht völlig neu geschaffen werden in einem Haus der Erinnerung, sondern sie kann durch vorhandene Institutionen, die weiter zu fördern sind, ausgebaut werden, usw. geleistet werden. Aber diese Umfeldler sind in der Tat dringend erforderlich, aber dazu brauchen wir, wie ich glaube, soweit ich jedenfalls die Entwürfe des Staatsministers kenne, brauchen wir ein solches Haus nicht. Das, was da an Funktionen genannt worden ist, kann an anderen Stellen sinnvollerweise gemacht werden oder wird an anderen Stellen tatsächlich auch gemacht.

Schließlich eine letzte Bemerkung noch zum Abgeordneten Weisskirchen mit dem antitotalitären Konsens. Mit Herrn Knigge bin ich der Ansicht, daß aus dem

furchtbaren Geschehen des Holocaust für uns es heute sehr viel schwerer ist als für andere, so etwas wie einen positiven Sinn zu destillieren. Das ist wahnsinnig schwer. Das können wir so ohne weiteres nicht, aber als Wertbezug Menschenwürde, Menschen- und Bürgerrecht usw. als Hintergrund haben, das glaube ich, können wir schon. Ein solches Minimum an Wertbezogenheit dieser Einrichtungen ist denkbar und das ist, glaube ich, was Habermas mit seinem Begriff des antitotalitären Konsens eigentlich gemeint hat.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Als nächstes Herr Klemke.

Rainer Klemke:

Die Abgeordnete Krüger-Leißner hat gefragt, in welcher Weise Berlin die Kosten von einem erweiterten Projekt tragen könnte. Zunächst einmal, Frau Rosh hat vorhin schon auf die Basis verwiesen, die Verabredung zwischen den drei Auftraggebern, dem Förderkreis, dem Bund und dem Land Berlin. Dort sind wir von einem Kostenvolumen von 15 Millionen ausgegangen. Ich darf dazu hier feststellen, daß fast ausschließlich nur Berlin alle Vorlaufkosten bisher getragen hat und damit schon seinen Anteil zu den ursprünglich verabredeten Kosten eingelegt hat in die Kasse bzw. im Konsens der drei Auftraggeber ausgegeben hat.

Ich kann derzeit weder im Parlament noch im Senat eine Stimme hören, die der Auffassung ist, daß wir in einem solchen Kostenvolumen, wie es hier in Rede steht, einen Beitrag leisten könnten, wie es bisher üblich ist 50:50. Sowohl zu der Errichtung eines solchen Hauses der Erinnerung wie zum Unterhalt. Ich darf darauf verweisen, daß der Unterhalt dieser Einrichtung so etwa cum grano salis bei 18 Millionen liegen wird. Das ist exakt dreimal soviel wie derzeit insgesamt für alle Berliner Gedenkstätten an Unterhaltskosten aufgewendet werden. Ich darf weiter darauf verweisen, daß Berlin als eines der ärmsten Bundesländer in einer ähnlichen Situation ist wie Brandenburg. Wir haben aufgrund der geschichtlichen Situation eine außergewöhnliche Konzentration von kulturellen Einrichtungen im allgemeinen und hier speziell auch Gedenkstätten im besonderen, die große Leistungen vom Land

Berlin abverlangen. Das tragen wir, aber es gibt keine disponiblen Mittel, woher auch immer, daß wir hier Beiträge leisten können. Ich darf schließlich sagen, Berlin hat in allen Phasen, sowohl bei den Gedenkstätten, wie auch bei den sonstigen kulturellen Einrichtungen, die partnerschaftlich finanziert werden vom Bund und Land, immer seinen Beitrag und seine Zusagen eingehalten. Wir mußten in der Vergangenheit feststellen und jüngst jetzt wieder bei den Baukosten für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, daß der Bund die Beträge abgesenkt hat und dann das Land Berlin vorfinanzieren mußte für den Bund. Insofern haben wir kein Erfahrungswissen, was es uns mit gutem Gewissen möglich macht, hier einen solchen ungedeckten Scheck gegenzuzeichnen.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Als nächstes Professor Rürup.

Prof. Dr. Reinhard Rürup:

Ich will zwei, drei ganz kurze Punkte machen. Zunächst einmal, es ist von Frau Rosh noch einmal hingewiesen worden auf das Angebot der Topographie des Terrors, nicht nur jetzt, sondern vor allem dann mit dem Neubau. Ich bin darauf in meinem Beitrag nur summierend eingegangen, weil ich davon ausging, daß sie an alle Bundestagsabgeordneten einen ausführlichen Brief gerichtet haben und auch allen die gedruckte Informationen über den Ausbau und die Ausbaupläne mitgeteilt haben. Falls da noch Bedarf sein sollte, daß wir da etwas nachliefern, würde ich das gerne tun, sonst gehe ich einmal davon aus, daß das bekannt ist.

Dann war ich gefragt worden, wie es sei wenn ich unterschiede zwischen einem Denkmal, was an die ermordeten Juden erinnert und einem Mahnmal, was an den Mord an den Juden erinnert. Ich hatte schon gesagt, das kann man nicht voll auseinanderhalten, aber es sind doch deutlich unterschiedliche Akzente. Dann die Frage von Frau Wolf, ob nicht sozusagen die Erinnerung an das Verbrechen bereits in den Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen geschehe. Das ist sicher richtig, aber in vielen der Gedenkstätten wird auch an die Opfer erinnert. Also insofern glaube ich nicht, daß man auf dieser Ebene eine wirkliche Differenz formulieren

könnte. Ich wollte noch anmerken, nun ist Frau Vollmer auch nicht mehr da, wenn sie andeutete, daß sie annimmt, daß bei Stellungnahmen der Gedenkstätten und ähnlicher Einrichtungen doch Ängste und Konkurrenzen eine Rolle spielen, dann würde ich gerne für mich sagen, aber ich glaube, ich kann das auch für alle anderen sagen, das ist nicht so und wir haben auch versucht sehr deutlich zu machen, daß wir hier eindeutig sachbezogen argumentieren und nicht davon ausgehen, daß unser Geld weniger würde. Wie das langt, weiß ohnehin niemand. Ich unterstelle auch immer die gute Absicht derjenigen, die ein Museum mit dem Denkmal verbinden möchten. Alle von denen haben die Vorstellung, daß gleichzeitig die Gedenkstätten gestärkt werden sollen. Das bezweifle ich auch nicht. Ich gehe nur davon aus, daß strukturell, und das ist von Herrn Morsch eben noch einmal deutlich angesprochen worden, die Wirkung eines zentralen Museums eine andere sein wird, als man sich bei der Vorstellung der Pläne offensichtlich vorgestellt hat.

Dann war noch eine, an mich gerichtete Frage von Frau Krüger-Leißner, nämlich die, ob nicht, wenn man zwischen einem Land der Täter und der Opfer unterscheidet, ob man hier nicht dann gerade, um das deutlich zu machen, ein Haus der Erinnerung brauchen würde. Dann kommen wir auf den Hauptpunkt zurück: Das Grundargument von Herrn Naumann, daß man gedenken und erinnern, aufklären und informieren miteinander verbinden müsse, ist völlig richtig. Das Problem an diesem Argument ist nur, daß es eben nicht nur ausschließlich den Vorschlag des zentralen Museums trägt, sondern, daß dieser Gedanke auch bisher schon verwirklicht worden ist und auch immer bei dem Werben für das Denkmal eine Rolle gespielt hat. Es ist eben noch einmal von Frau Rosh zitiert worden. Man ist beim Denkmal immer davon ausgegangen, daß es eine Arbeitsteilung geben wird, daß es das Gedenken und das Erinnern geben wird, daß aber dieses Erinnern geleistet wird und hinreichend geleistet wird und werden kann, auch in Zukunft, auch in 50 Jahren und auch hinsichtlich der jüngeren Generation, in den Einrichtungen, die es bereits gibt.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank. Herr Vergin als nächster.

Siegfried Vergin:

Ich bin zunächst gefragt worden von Herrn Weisskirchen nach dem antitotalitären Konsens. Nachdem Herr Faulenbach schon sich dazu geäußert hat und Herr Knigge das noch einmal tun wird, kann ich mir das hier jetzt sparen.

Wir haben - nur diesen Hinweis - auch im Enquête-Bericht dazu ein Kapitel. Es gibt dazu ein Sondervotum, so daß also auch die Differenzen in dieser ganz schwierigen Thematik dort ablesbar sind. Das zweite: Ich habe, wie ich als praktischer Mensch eben durch die Welt laufe, nicht bei irgend jemandem gelesen, daß der Holocaust-Begriff auf einmal für mehr steht, als nur für den Mord an den Juden, sondern ich habe es, wie gesagt, durch praktische Erfahrungen erlebt an der Ausgestaltung des 27. Januar. Der 27. Januar als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, wie wir ihn definiert haben in der öffentlichen Darstellung durch den Bundespräsidenten, findet sich bei meinem Oberbürgermeister auf einmal als Holocaust-Tag. Dies ist unser Holocaust-Tag. Das heißt, der Begriff wird schon bei den Leuten, die in der ganzen Debatte nicht so drin sind, neu gefüllt. Darauf wollte ich aufmerksam machen. Daß man das bei der weiteren Diskussion beachten muß. Daß hier Prozesse im Gang sind. Ich habe daraufhin die Zeitung noch einmal genauer gelesen und tatsächlich wird der Holocaust-Begriff auf einmal wesentlich weiter gefaßt, und dies hätte natürlich Konsequenzen dann für die ganze Debatte, für wen dieses Denkmal steht, auf Herrn Professor Rürup's, glaube ich, 8. Punkt, wo er auch auf diese Diskussion grundsätzlicher Art noch einmal verwiesen hatte. Darauf wollte ich aufmerksam machen, weil ich glaube, daß damit Prozesse in Gang kommen, deren Ende wir noch nicht absehen.

Das zweite, Frau Vollmer ist weg, ich habe es ihr eben noch zugeflüstert, natürlich die lokalen Gedenkstätten, das sind jetzt nicht die, die hier vertreten waren in der Arbeitsgemeinschaft, sondern das sind die vielen kleinen Gedenkstätten, werden sich auch in Zukunft halten müssen oder unterhalten müssen. Erstens durch freiwillige und engagierte Leute. Ich mache darauf aufmerksam, daß dort nicht nur Alte tätig sind, sondern in den meisten Fällen, jedenfalls in meiner Umgebung, sind es junge Leute, die diese kleinen Gedenkstätten am Leben halten. Sie werden sich also auch lokal finanziell ausstatten müssen, aber die Anhörungen der Enquête-Kommission haben immer wieder deutlich gemacht und die Eingaben, die ich in den

6 Jahren meiner Tätigkeit in dem Bereich beantworten konnte, haben das auch nachgewiesen, machen immer wieder darauf aufmerksam, daß sie besondere Gedenktage oder besondere Notwendigkeiten des Ausbaus einfach nicht finanziert bekommen können, weil die Gemeinde nicht mehr kann, Sponsoring ist nicht mehr möglich und auch die Landesförderung reicht nicht aus, um so ein besonderes Problem, das nicht sich jährlich wiederholt, finanzieren zu können, und daraus ist eben in dem Bericht der Enquête-Kommission der Vorschlag gemacht worden, so einen Topf zu schaffen beim Bund, aus dem dann auch solche Dinge mitfinanziert werden können. Ich will dann aber auch diese Formulierung, Konkurrenz im Raum wegen der Finanzen, ansprechen. Es wäre von meiner Seite aus unredlich, daß ich nicht immer die Finanzen mit im Kopf habe. Das muß ich ganz deutlich sagen. Als Abgeordneter wäre man fahrlässig, wenn man eine Debatte irgendwohin führt und sie bricht dann auf einmal zusammen, weil die Finanzen einfach nicht mehr reichen. Dies habe ich natürlich auch mit im Kopf, wenn ich jetzt die beiden Anträge, die mir hier jetzt freundlicherweise zugänglich wurden, ansehe.

Wenn es wirklich so ist oder wäre, daß nicht in 700 Meter Entfernung von dem Denkmal alles das, was auf dieses Denkmal geladen wird, erfüllt würde, würde ich sagen, okay, hier ist nichts, dann macht ein Haus der Erinnerung dazu, aber architektonisch nicht verbunden, sondern abgesetzt. Das heißt, daß auch die Wirkung des Denkmals als solches nicht gestört würde. Würde ich sagen, wenn ich genug Geld habe. Aber ich habe es nicht. Und der Bund hat es wahrscheinlich auch nicht, wenn ich das so richtig sehe. Wenn ich mir einige Entscheidungen jetzt, die ich so mitgekriegt habe, ansehe, gibt es ganz andere Probleme noch. Wenn das alles so ist, dann sage ich, dieses Denkmal in seiner ursprünglichen Bedeutungsformulierung wird gebaut, ergänzt um das, was ich einleitend gesagt habe. Hinweis, durch Medien auf die Stätte, wo ich dann wirklich lernen kann. Das heißt, dies ist sogar unter dem möglich, was in dem Gruppenantrag mit dem Raum der Stille und der Information gemeint wird. Also das könnte ich sogar da drunter ziehen. Ich brauche nicht einmal diesen Raum dazu, weil das heute medial möglich wäre, innerhalb einer Stele so etwas zu machen. Also das ist meine Entscheidung, die ich treffen würde. Da ich das alles habe, reicht dieser Hinweis auf andere Lerneinrichtungen, Erinnerungseinrichtungen aus. Daß da inhaltliche Kontroversen dann mit mir

auftauchen, könnte ich mir vorstellen, aber ich halte das zum jetzigen Zeitpunkt unserer Finanzsituation für ehrlicher zu sagen, ich kann dies nicht leisten.

Ich bin nicht danach gefragt worden, aber ich würde doch gerne etwas zu diesen beiden Anträgen sagen. Meine Unterschrift würde sich auf dem Gruppenantrag finden. Das sage ich ganz deutlich. Ich hätte eine Diskussion, eine Diskussion wahrscheinlich mit den Initiatoren über die bundesrechtliche Stiftung. Aber das ist eine grundsätzliche Diskussion, ob man Stiftung für richtig hält oder nicht. Ich habe immer das Personalproblem dabei. Es wird ein Apparat geschaffen und was weiß ich, ob das alles nötig ist. Aber das wäre eine Diskussion. Mich würde das nicht hindern, wenn ich überstimmt worden wäre, dem Antrag nach wie vor zuzustimmen. Ich halte ihn für richtig und würde mich freuen, der Deutsche Bundestag würde sich diesem Gruppenantrag tatsächlich anschließen. Er umgeht auch das Problem der künstlerischen Aussagen. Da kann ich nur vor warnen aufgrund der Colloquien und der sonstigen Debatten über Kunstfragen. Der Bundestag würde sich total überheben.

Die Fragen an uns von Frau Wolf und Herrn Fink, wie man diese freie Abstimmung zu einem Ergebnis führen könnte, wie sie der Kulturausschuß wahrscheinlich im Kopf hat. Das ist natürlich eine gewagte Fragestellung an Experten anderer Art, aber ich kann mir schon vorstellen, daß das Mittel der sogenannten offenen Fraktionsabende eine Möglichkeit wäre, da für eventuell besonders Interessierte und Wankende und Zweifelnde Informationen nachzuliefern. Aus meiner Kenntnis, Herr Professor Rürup, würde sich das sehr auszahlen. Man kann noch so gute Papiere schreiben, wenn sie denn über eine halbe Schreibmaschinenseite gehen, haben sie die Gefahr in sich, daß sie nicht mehr gelesen werden können. Einfach nicht können, ob des vielen Materials, was da kommt. Das sähe ich schon als eine Möglichkeit, daß man da helfen könnte mit diesem Mittel, aber im Grunde genommen müssen das die Parlamentarier selbst entscheiden, wie sie das machen. Ich kann nur aus meiner Erfahrung sagen, es wäre eine Möglichkeit. Und im übrigen gilt auch hier, wenn man eine Abstimmung freigibt, müssen besonders die, die ein Ergebnis haben wollen, tätig sein und das ist der Kulturausschuß. Es tut mir leid, aber es ist so, daß Ihr dann besonders gefragt seit.

Hier ist im übrigen auch die Frage dann geklärt in diesem Antrag „Denkmale für andere Opfergruppen“. Irgend jemand hat schon darauf hingewiesen, es gab diese Diskussion schon, es gab sogar den Spaziergang von Herrn Bubis mit Herrn Romani Rose (Heidelberger Zentralrat) und dem Innenminister und dem Bundeskanzler sogar. Die Frage würde mit diesem Antrag auch gelöst, so daß überhaupt keine Sperren dann aufgebaut werden.

Abschließend, jeder Mensch freut sich, wenn er gelobt wird, wenn das eine nachfolgende Kollegin macht, die Frau Krüger-Leißner, freue ich mich umso mehr, denn sie hat den Bericht genau gelesen. Sie hat ihn gelesen, das weiß ich. Einer hat ihn jetzt genau gelesen und insofern ist jemand da, der einschreiten wird, wenn Falsches behauptet wird. Vielleicht wäre es auch möglich, sich des Themas, was mir besondere Sorge macht, noch aufgenommen wird, die Debatte um den authentischen Ort. Da bitte ich wirklich einmal nachzulesen, was der Staatsminister darüber am 01. April geschrieben hat. Ich bin leicht schockiert. Es dürfte nicht passieren, daß der authentische Ort so abgewertet wird, sondern für die Enquête-Kommission war der authentische Ort der Oberbegriff zu allem in der Gedenkstätten-Konzeption. Darauf will ich doch noch hinweisen, weil ich Angst habe, daß auch diese Diskussion dann auf einmal zu Irritationen führt und dann wären tatsächlich Gedenkstätten, das sage ich ganz offen, in Gefahr, wenn der authentische Ort für uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr oberstes Kriterium für eine Gedenkstätte wäre, und insofern habe ich das noch als Anliegen an die Mitglieder des Kulturausschusses und wollte diese Gelegenheit nutzen, Ihnen das doch noch gemeinsam zu sagen, und im übrigen würde ich sehr dankbar sein, wenn auch jetzt im 14. Bundestag in dieser Frage es zu einer großen Übereinstimmung in den Fraktionen kommen würde. Dieses Thema eignet sich wirklich nicht zum parteipolitischen Streit. Es wäre gefährlich.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank, Herr Vergin, für diese Mahnung. Ich glaube, die Worte sind auch befolgt. Was den Bericht angeht, so darf ich nur sagen, daß wir ihn zweimal - einmal anberaten und ein weiteres Mal beraten – haben, und insofern gehe ich davon aus,

daß alle Kolleginnen und Kollegen, weil sie sich auch an der Diskussion beteiligen, diesen auch gelesen haben. Abschließend hat das Wort Dr. Knigge.

Dr. Volkhard Knigge:

Es ist ein bißchen schwierig. Ich bitte um Verzeihung, ich habe viele verschiedene Fragen gestellt gekriegt. Ich versuche es zu bündeln. Ich beginne mit der Sorge von Herrn Weisskirchen und Herrn Lammert, daß einerseits und dem würde ich zustimmen, alle guten und schlechte Argumente ausgetauscht sind, auch eben gerade die guten, und daß es je nach Perspektive natürlich gute Argumente gibt, über die man dann stolpern kann. Dazu vielleicht eine Geschichte, die man hier erzählen muß. Sie gehört zum Wettbewerb um das Denkmal in Auschwitz. Genauso kompliziert vom Thema her, errichtet auf authentischem Ort in Birkenau. Eine Denkmalsdebatte, die auch über 10 Jahre gedauert hat. Am Anfang dieser Debatte steht der Stoßseufzer des Vorsitzenden der Jury, Henry Moore, der gesagt hat, wir bedürfen eines neuen Michelangelo, um das Thema überhaupt nur ästhetisch zu bewältigen; Hans Arp, der sein Stellvertreter war, ist gleich krank geworden und zurückgetreten, weil er wußte, es gibt diesen Michelangelo nicht. Als das Denkmal fertig ist, spiegelt es im wesentlichen die Kompromißlinien in der Diskussion wieder, einschließlich der Schwierigkeiten des Kalten Krieges. Es war der einzige internationale Wettbewerb, der je in der Zeit zu diesem Thema durchgeführt worden ist, der Ost und West überkreuzt hat. Am Ende, als das Denkmal fertig ist, sieht man ihm seine Unvollständigkeit an. Auch eine gewisse Unbeholfenheit, und es gibt einen zweiten Stoßseufzer. Man sagt, jetzt brauchen wir den größten Gegenwartskünstler, nämlich Picasso, der soll es mal richten. Ich erzähle diese Geschichte, weil ich glaube, daß es auf ihre Frage nur eine Antwort gibt, sich nämlich klarzumachen, es wird nicht ganz klappen und das liegt nicht daran, daß uns der geniale Künstler fehlt, es liegt und kommt her aus der Qualität des Verbrechens, Auschwitz selbst. Das muß man sich mal wieder klarmachen. Auschwitz bricht den Denkmalsbegriff. Es gibt keinen sinnstiftenden Bezug auf Auschwitz, es sei denn in der Perspektive der Täter. Man ist dort für nichts gestorben, man stirbt für nichts, wenn schon die ungeborenen Kinder eigentlich zum Tode verurteilt sind. Das überfordert den überkommenen europäischen Denkmalsbegriff. Das ist das Grundproblem: Ästhetisch und inhaltlich zu teilen. Das zweite ist, daß man aus mindestens drei Perspektiven auf dieses

Denkmal gucken kann und sie sind alle in sich völlig legitim, voll gültig und sie schließen sich dort zu Teilen aus. Erstens ein Denkmal der Taterinnerung. Zweitens ein Denkmal der Opferwürdigung und drittens vielleicht auch so etwas wie ein stellvertretendes Grabdenkmal. Denn doch jedenfalls in der Perspektive von Überlebenden und ihren Angehörigen ist es das immer auch und kann es auch nur sein, wenn die Gräber so sehr in den Lüften sind.

Ich sage nichts zu Eisenman, sondern ich sage etwas, das hinaus will auf eine gewisse Gnade in der Diskussion. Unbedingt und ich glaube zu dieser Gnade in der Diskussion kommt man nicht, wenn man sich dies nicht klarmacht. Ich nehme ein Beispiel: Ich kann Schröder vorwerfen, dem Schröder-Denkmal vorwerfen, daß er jüdische Sprache nimmt, daß er die genuine Qualität der Shoah zu wenig berücksichtigt. Ich finde es aber zynisch, ihm vorzuwerfen oder zu vergessen, daß zu seiner Interpretation gehört hat, die Opfer rufen den Deutschen etwas zu. Nicht die Deutschen den Opfern. Man kann das sozusagen immer in solchen Debatten gewissermaßen unterschlagen, wenn man sozusagen eine Perspektive hermetisch setzt und das sollte man wirklich nicht tun, dann stolpert man sozusagen und perpetuiert ein ganzes Stück die Qualität dessen, was die Shoah war. Also in dem Sinn hätte ich keinen anderen Rat an dieser Stelle, einschließlich dessen, daß man natürlich ex negativo sehr wohl und das ist in vielen Hearings sehr geschehen, ex negativo sehr wohl sagen kann, wie ein solches Denkmal nicht beschaffen sein sollte. Taterinnerung sollte es schon sein. Sinnstiftend in überkommener Weise kann es nicht sein und hier würde ich durchaus konzederen, daß gerade auch der Serra-Vorschlag sehr stark die Unerbittlichkeit von Auschwitz als Bezugspunkt hatte und sie nicht sinnstiftend und in reiner Identifikation mit den Opfern überspielen wollte. Soviel dazu.

Ich bitte Sie einfach, nehmen Sie es ernst, und wenn man daran denkt, die Erinnerungsbildung hat eine über 50jährige Geschichte, und wenn man die ein bißchen kennt und ein bißchen mit in Rechnung stellt, glaube ich, kann man sich an dieser Stelle entlasten und muß sich nicht die Beine falsch stellen und kann trotzdem präzise sein. Ich würde auch sagen, ex negativo, wäre es ein Kardinalfehler, die Diskussion um das Denkmal und die Diskussion um eine gesamte Gedenkstätten-Konzeption voneinander zu trennen. Es ist eine Einheit, man könnte viele andere

aufzählen. Vor diesem Hintergrund möchte ich eins noch einmal betonen, das von allen Kollegen im Prinzip mehrfach angesprochen worden ist. Ich würde vor diesem Hintergrund auch raten, die ethische Dimension der Entscheidung höher zu werten als die ästhetische, weil an der ästhetischen wird immer aus den angedeuteten Gründen etwas quietschen, wie gesagt ex negativo kann man sich hier klarmachen, wie man es nicht macht, wie es falsch ist, wie es historisch unangemessen ist. Aber die ethische Dimension würde ich höher werten und damit auch das Denkmal selber entlasten. Ich sehe den Hauptwert dieses Denkmals tatsächlich darin, daß es nationales Zeichen und Symbol ist, im Akt der Setzung, im Akt der Debatte des Bundestages, und das macht diese Debatte so wichtig, daß im Akt der Setzung formuliert ist, die nationalsozialistischen Verbrechen und insbesondere die Shoah sollen Teil des kulturellen Gedächtnisses bleiben. Das ist das Entscheidende. Das ist so etwas wie ein Punkt des Selbstverständnisses, normativen Charakters. Deswegen ist die Bundestagsdebatte so wichtig und deswegen ist es so wichtig, sie ein bißchen gnädig und trotzdem klug zu führen, wenn ich das so sagen darf. Das scheint mir das allerwichtigste. Man kann die Ästhetik überfrachten, man kann die Pädagogik überfrachten, all das kann das Denkmal nicht leisten. Das Denkmal leistet schon sehr viel, wenn es nicht ganz falsch ist und wenn es berührt. Was könnte Kunst denn mehr als das?

Ganz kurz auf einen Satz. Kein Abbild der Shoah, kein Aufklärungersatz, wohl aber nationales Zeichen in diesem Sinn.

Dann kurz zu Frau Vollmer, die nicht mehr da ist. Nochmal ganz deutlich, es geht mir nicht um Geld. Nicht nur, weil wir in Buchenwald durchgekommen sind und demnächst über 3.000 qm Ausstellungsfläche haben werden usw. und auch restauriert sind. Es geht mir darum, daß man die deutsche Tradition und Situation, die von den historischen Orten herkommt, die vom bürgerschaftlichen Argument herkommt, die solange als Nestbeschmutzung galt, daß man sie ernst nimmt und sie auf sie bezieht, daß man von ihr herkommend denkt, zusammenfaßt und, erlauben Sie mir das Wort noch einmal, aufgipfelt, wie in einem Brennpunkt. Das nützt der Republik, das nützt den Gedenkstätten. Nicht aber sozusagen, als hätte es das alles nicht gegeben, ein Raumschiff einschweben läßt in die Stadt, was für das Centre Pompidou gut war, ist in dem Fall für Berlin, es tut mir leid, schlecht. Einfach weil es,

ob man es will oder nicht, und nach allen Gesprächen, die ich mit Herrn Naumann hatte, will er es sicher nicht, objektiv doch zu einer Entwertung der deutschen Tradition und Situation kommt und der Arbeit all dieser Menschen, die sich seit Ende der 50er Jahren in dieser Frage abgestrampelt haben und oft gegen viele Widerstände. Ich halte vieles von dem, was Frau Vollmer gesagt hat, für pädagogische Spekulation. Verzeihen Sie mir, wenn ich das so hart sage. Auch das kann man mittlerweile besser wissen. Wir wissen, wie viele Menschen in die Gedenkstätten kommen, wir wissen warum sie in die Gedenkstätten kommen und das ewige Bild des Flaneurs, so benjaminisch es klingt, den man dann auch noch irgendwie mit abgreift. Verzeihen Sie mir, dafür sind auch diese Museen nicht da. Erstens weil wir längst in einer Situation sind, wo der Flaneur vom Fernsehen, von allen Medien Tag und Nacht abgegriffen wird auch zu diesem Thema. Es geht längst nicht mehr darum, die Tabula rasa in den Köpfen von Menschen aufzuklären. Unsere Arbeit besteht in vielem darin, die pädagogische Arbeit, die aufklärerische Arbeit, undifferenzierte Geschichtsbilder zu differenzieren und zu fundieren. Klischees durch Wissen zu ersetzen, und das gilt gerade für die Jugendlichen. Sie glauben doch nicht im Ernst, daß es noch Jugendliche gibt, die nicht irgendeine merkwürdige Vorstellung wenigstens zu diesem Thema hätten. Das ist das Problem, daß die Vorstellung oft so merkwürdig und defizitär ist. Also der Flaneur ist nicht das Problem und zur Sache selber, Arolsen oder Bücherwand, ist eben das Problem, daß ich diese Diskussion mit Herrn Naumann lieber, bevor er an die Öffentlichkeit gegangen ist, geführt hätte. Man hätte dann einfach sehr viel praktische Fragen beantworten können, wo man einfach immer sagen muß, einfach praktisch, so geht es nicht. Wer meint, Arolsen in einem Jahr zu knacken, der überhebt sich. Das wird 20 Jahre dauern oder nie. Wer meint, daß die Zusammenführung von Archiven der Aufklärung nützt, vergißt, daß die Zusammenführung von Archiven in der Regel erst einmal 10 Jahre Forschungsblockierung nach sich zieht, wenn nicht mehr. Einschließlich dessen, daß man gewachsene Bestände zerreißt. Auch darauf ist hingewiesen worden. Es müßte dann wenigstens diskutiert werden, so sinnvoll es wäre Arolsen zu knacken, ob es denn sinnvoll ist, Ludwigsburg aufzulösen.

Nochmal deutlich gesagt, ganz auf der Seite Eisenman III insofern, als das Aufklärungsthema in die Debatte gebracht worden ist. Das Bildungsthema in die Debatte gebracht worden ist. Ganz wichtig – ich werde nie vergessen, daß ich als

Experte für das Dritte Hearing eingeladen worden bin in der ersten Runde und wirklich erbittert war, als die Einladung per Brief kam und ich zum 11. April in Berlin sein sollte, das ist nun einmal der Befreiungstag von Buchenwald und ich mir dachte, wenn das nicht mal bewußt wird, dann wird es Zeit, daß wir über die Gedenkstätten wirklich reden.

Damit auch noch zu Frau Wolf. Es ist viel gesagt worden. Wie gesagt, Kunstwerke können, wenn sie gut sind, Aufklärung unterstützen, weil sie berühren. Mehr können sie nicht. Sie sind nicht die Aufklärung selbst. Man kann das auch nennen „aus Berührung kann der Hunger nach Wissen entstehen“, dann sind sie gut. Mehr können sie ganz einfach nicht, als dieses nationale Zeichen zu sein. Nochmal, ich höre häufig und hier komme ich dann auch noch einmal auf das Geld zu sprechen, *conditio sine qua non* und jetzt bin ich bei Herrn Roth, Förderung der Gedenkstätten. Ich lese fatale Zahlen. Es ist nicht 1 Milliarde Mark, wie es in der FAZ in diesem berühmten Artikel vom 01. April stand für die Gedenkstätten bundesweit ausgegeben worden. Gedenkstätten sind seit 1993 überhaupt und auch nur drei in Bundesförderung und in dem Zeitraum sind 115 Millionen Mark ausgegeben worden und wenn man den Betrag maximieren will, dann kann man gern die 115, die die Länder daraufgelegt haben, weil es sich immer um 50:50 Finanzierungen handelt. Das ist der Fakt und ich würde das *conditio sine qua non* wirklich eher glauben, wenn an dieser Stelle wenigstens seriös argumentiert würde.

Warum künstlicher, authentischer Ort oder auch Simulakrum? Es ist im Prinzip auch schon gesagt worden, ich sag es nochmal. Die Gedenkstätten, so wie sie heute beschaffen sind, als Denkmale aus der Zeit, von daher rührt es, sind eben zweierlei. Sie bestehen aus dem ehemaligen Lagergelände und einigen Artefakten, und Lagergelände sind immer im Doppelstatus zwischen Sachbeweis der Verbrechen, historischer Spur und Friedhof auf der anderen Seite, konkret und symbolisch. Jedenfalls in der Häftlingswahrnehmung immer gewesen und in der Wahrnehmung der Besucher auch. Sie können sich dem nicht entziehen, auch weil es so wenig identifizierbare Gräber gibt. Wenn Asche ausgestreut wird, dann ist sie eben potentiell überall. Der Denkmalsteil des Eisenman II-Teils ist für mich sozusagen die, das meine ich mit künstlich, die künstlich-symbolische Kopie dessen, was an den historischen Orten das Lagergelände ist oder was ihren Charakter als Denkmal aus

der Zeit macht. Einschließlich des ganz stark Emotionalisierenden, und die Museen, jedenfalls in den Gedenkstätten, die sie bauen konnten, gibt es auch und sogar nicht einmal klein, es gibt auch kleine und viel zu kleine. Dieses meine ich mit künstlichem, authentischen Ort. Sozusagen die Simulation einer Realie, die Simulation einer Gefühlswelt, die von den authentischen Orten herkommt, einschließlich des Museumsteils und das finden Sie, weil es nicht anders geht, ein bißchen in Yad Vashem, das finden Sie auch im Washingtoner Holocaust-Museum, dort wo in die Architektur Memorialelemente hineingehen und da gehört es auch hin, weil die Orte ganz einfach nicht da sind. Dann, ich habe es schon gesagt, gehört zur Künstlichkeit auch, das was da ist nicht aufzugreifen und fortzuentwickeln, sondern sozusagen vom Himmel hereinschweben zu lassen.

Ich komme zum allerletzten, der Frage der Einbindung von Frau Krüger-Leißner. Ich würde sagen, der Aufklärungsgedanke ist nicht nur deshalb wichtig, weil Denkmäler im Laufe der Zeit verblassen und man möglicherweise irgendwann gar nicht mehr weiß, warum sie gebaut worden sind. Das ist das eine Problem. Das andere Problem ist, wenn die Denkmäler in ihrer Berührungskraft funktionieren, dann wäre es fatal, in einen Bus zu springen und durch Berlin sonstwohin zu fahren. Dann entsteht ein Bedürfnis nach Vertiefung und nach Ruhe. Wir müssen heute vielen Jugendlichen zunächst einmal erlauben zu schweigen in den Gedenkstätten oder ihnen sagen, daß sie weder dumm noch verrückt sind, wenn es ihnen die Sprache verschlägt. Man kann z.B. nicht sofort, wenn es einen wirklich ergriffen hat, man kann nicht sofort diskutieren. Das wäre doch verrückt. Deswegen sind Jugendbegegnungsstätten so wichtig, wo man langfristig arbeiten kann. Aber auch hier, wenn das Denkmal wirklich funktioniert, dann braucht es so einen Raum. Auch da würde ich Naumann zustimmen, müßte nur eben immer sagen, er ist doch schon da. Ein Raum, in dem aus Gefühl Wissen werden kann und ein Raum, in dem man auch zur Besinnung kommt und nicht sofort in diesen Straßentrubel hinein muß.

Praktisch würde ich es mir so vorstellen, daß ein Denkmal etwas Enladendes hätte auf die Orte der Aufklärung hin, die da sind. Wie man das macht, man soll da vorsichtig sein, und ich denke man soll da auch sparsam sein. Nichts ist schlechter als eine halbe Information oder als irgendwie so hingemacht. Etwas Enladendes hin, ich meine zunächst auf die Topographie des Terrors und die Topographie des

Terrors sollte sich ein bißchen aus ihrem Gehäuse wölben auf das Denkmal hin. Wie immer man das macht, sozusagen, mit einem nach außen gelagerten Foyer und man sollte dringend genauso einladen in Richtung Jüdisches Museum. Aber man sollte zunächst zur Topographie einladen. Jedenfalls Deutsche. Im Sinne der Taterinnerung. Ich würde beide Institutionen für hochgeeignet halten, in so einem, also sozusagen als Dreieck, erlauben Sie das etwas banale Wort, gebündelt zu werden und ich würde es sozusagen, wie in einem inneren Kreis der Trägerschaft sehen, gäbe den erweiterten Kreis der Trägerschaft der Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten auch im Sinne, auch darauf aufmerksam zu machen und dahin einzuladen. Wie gesagt, wir haben alle kein Besucherproblem. Also verstehen Sie uns bloß nicht falsch. Wir sind überrannt. Das ist so. Dann zum letzten, zu Herrn Weisskirchen. Um das auch noch einmal zu sagen, ich meine, daß es tatsächlich so gut wie keine positive Botschaft gibt. Jedenfalls nicht ohne weiteres herstellbar. Gedenkstätten oder die Geschichte, die wir zu bearbeiten haben, sei es in einem Denkmal, sei es in den Gedenkstätten, bedeutet für mich so etwas wie einen negativen Reichtum. Reichtum deshalb, weil wir einen negativen Horizont haben. Einen sehr, sehr konkreten, sehr konkrete Fallgeschichten, wie diese Verbrechen passiert sind, wie hat man Polizisten eingebunden, wie die Friseure usw. Wie hat die Politik funktioniert und wie der Öffentliche Dienst? Man hat einen negativen Horizont. Man kann sich negativ darauf beziehen und indem man das tut, wird Geschichte zu einer Art Reichtum. Das kann man antitotalitären Konsens nennen, aber man sollte sich klar darüber bleiben, daß man damit noch nicht viel gesagt hat, weil es darum geht, von heute aus Fragen entwickeln zu können, vergleichen zu können, Antworten experimentell zu erproben. Auch dafür braucht es wieder Zeit und damit, immer wieder nachzudenken, wo kippt eine Gesellschaft aus ihrer demokratischen Verfaßtheit heraus und das ist am Ende ein diskursiver Prozeß und damit kann ich wieder nur einmal sagen, ja Naumann hat Recht, Aufklärung braucht es, weil auch das ist der Platz für diese Gespräche für diese Form von Diskursivität nur, es gibt sie schon, und entwertet sie nicht durch die Erfindung. Manchmal denke ich, wie würde man denn diskutieren, wenn man neben den Louvre einen zweiten, kleineren Louvre setzen würde? Da würde es doch auffallen. Oder neben ein Schauspielhaus in 700 Meter Entfernung noch so eine Art Schauspielhaus. Die Unklugheit springt doch ins Auge, und es ist nicht eine

Unklugheit des Konzeptes oder der Generalphilosophie, sondern eine Unklugheit ihrer praktischen Verwirklichung.

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard (SPD):

Vielen Dank Dr. Knigge. Lassen Sie mich abschließend sagen, daß das Gespräch zur Vorbereitung der Debatte trotz Wiederholung der Argumente dennoch in sensibler Weise verdeutlicht hat, daß das Denkmal für die ermordeten Juden Europas nicht isoliert erörtert und nicht losgelöst betrachtet werden kann von der dezentralen Gedenkstättenarbeit, die in ganz Deutschland geleistet wird.

Ich möchte allen Experten, die an der heutigen Anhörung beteiligt waren, danken, daß sie nicht müde werden, ihre Argumente vorzutragen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für das sichtbare und hörbare Bemühen um Konsens und bin überzeugt, daß die Debatte in Kontinuität fortgesetzt werden muß. Es wird bei unterschiedlichen Auffassungen bleiben, aber wir werden, ich kann Sie beruhigen, sehr bald entscheiden, und es wird in absehbarer Zeit ein Denkmal geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, schließe die heutige Sitzung und berufe die nächste Sitzung ein für morgen, Mittwoch, den 21. April. Vielen Dank.

Dr. Elke Leonhard, MdB
Vorsitzende